Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 9. Dienstag, den 29. Jänner 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **25. Jänner 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Josef Matzenauer.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Schrenckh entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath Baugoin hat um einen einmonatlichen Urlaub angesucht. Derselbe wurde ihm ertheilt.

3. Herr Leon Wechsler, am 31. December 1894 verstorben, hat für die Armen Wiens ohne Unterschied der Confession zur Vertheilung durch den Magistrat einen Betrag von 1000 fl. legiert.

4. Herr Director Wild vom Josefstädter Theater hat als Erträgnis einer Wohlthätigkeits-Vorstellung zu Gunsten der Armen im VIII. Bezirke einen Betrag von 120 fl. dem Armeninstitute des genannten Bezirkes übermittelt.

5. Der Eigenthümer des Eßterházy-Bades hat für Arme des Bezirkes Neubau 400, und für Arme des Bezirkes Döbling 100 Badeanweisungen gespendet.

6. Herr Albert Leitsch, Bürgerschuldirector, VI., Stumpergasse 56, theilt mit, dass Herr Johann E. Bohač, k. k. Postofficial, der städtischen Bürgerschule für Knaben im VI. Bezirke das Bild des österreichischen Reichsadlers, in Holz gebrannt, circa 70 cm im Durchmesser, wertvoll wegen der bei der Herstellung in Anwendung gebrachten Technik, zum Schmucke des Amtsraumes in der genannten Bürgerschule zum Geschenke gemacht.

Den Spendern wird der Dank votiert.

7. Es ist folgende Erklärung an mich gelangt (liest):

„Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Die gefertigten Mitglieder des Gemeinderathes der Stadt Wien erklären hiemit, dass sie nicht in der Lage sind, die auf sie gefallenen Wahlen in die Garten-, Waisenhäuser-, Armenhäuser-, Approvisionierungs-, Rechnungsabschluss- und Budget-Commission, endlich in das Curatorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung anzunehmen.

Der Grund dieses Entschlusses liegt darin, dass von Seite der Majorität des Gemeinderathes der gerechten Forderung der Opposition, dass sie bei allen Wahlen des Gemeinderathes in Gemäßheit ihrer numerischen Stärke berücksichtigt und ihr die Nominierung überlassen werde, nicht entsprochen werden will.

Mit voller Hochachtung Ihre ergebensten

Johann Dürbek, Josef Bärtl,
Th. J. Trambauer, Josef Strobach,
Ferdinand Gräf, Leopold Steiner,
M. Schneeweiß, Johann Hipp,
Johann Jedlička, Leopold Brauneiß,
Sebastian Grünbeck, Franz Maresch,
Dr. Augustin Kupka, Josef Schlögl,
V. Wessely, Franz Geyer."

Ich muss darauf verweisen, dass in allen hier in Betracht kommenden Commissionen den verehrten Herren ein Drittel der Mandate zugewiesen wurde, und dass sie daher in der Lage waren, ihr Amt auszuüben. Ich werde die Ergänzungswahl auf die nächste Tagesordnung setzen.

8. Das Präsidium der Handels- und Gewerbekammer theilt mit, dass nachstehende sechs Herren zu Mitgliedern des Schiedsgerichtes für Lagerhausstreitigkeiten gewählt wurden, und zwar: E. Bäumel, Spediteur, Ernst Ritt. v. Boschan, Besitzer einer Baumwollspinnerei und mechanischen Weberei, Kammerrath, Rudolf Erber, Kaufmann, Kammerrath, J. P. Frisch, Kaufmann, Rudolf Kitschelt, k. k. priv. Eisenmöbelfabriks- und Metall-

gießereibesitzer, Vice-Präsident der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Friedrich Vogel, Mühlenbesitzer, Kammerrath.

Das Präsidium fügt noch bei, dass die genannten Herren erklärten, die Wahl anzunehmen.

9. Herr Gem.-Rath Tomola hat in der letzten Sitzung eine Anfrage an mich gerichtet wegen einer in der Schule im XVIII. Bezirke, Währinger Gürtel Nr. 17, vorgekommenen Scharlach-Erkrankung.

Ich habe die Ehre, diesfalls folgendes zu bemerken:

Am 24. December 1894 hat der praktische Arzt Dr. Fried die Anzeige erstattet, dass ein Kind der Familie Medak, wohnhaft XVIII. Bezirk, Währingergürtel 117, an Scharlach erkrankt sei und von ihm ärztlich behandelt werde.

Am 6. Jänner 1895 erhielt der städtische Arzt Dr. Moriz Breuer von dem praktischen Arzte Dr. Halász, wohnhaft Döbling, Hauptstraße 25, die Anzeige, dass zwei Kinder dieser Familie, Ella und Rosa Medak, vom Scharlach genesen seien.

Dr. Moriz Breuer begab sich hierauf in die Wohnung der genannten Familie, wo aber nur die Mutter der erkrankt gewesenen Kinder anwesend war, woraus er den Schluss zog, dass diese Erkrankungen verspätet zur Anzeige gelangt und die Kinder thatsächlich genesen seien.

Der vorgenannte städtische Arzt hat daher für den nach der ersten Anzeige ausgeschulten Bruder Alois Medak den Schulbesuchschein ausgefertigt.

Bei dieser Amtshandlung wurde der städtische Arzt Dr. Breuer durch die Genesungsanzeige des Dr. Halász irregeführt und in diesem Irrthume noch durch den Umstand bestärkt, dass zur Zeit seiner Revision über die erhaltene Genesungsanzeige die erkrankt gewesenen Kinder nicht anwesend waren.

Gegen Dr. Fried wurde wegen Unterlassung der Anzeige der zweiten infectiösen Erkrankung und gegen Dr. Halász wegen Erstattung der vorzeitigen Genesungsanzeige die Strafamtshandlung eingeleitet.

10. Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Steiner, betreffend den Tramwayverkehr auf der Linie Grinzing—Heiligenstadt an Sonntagen.

Ich habe die Ehre, diesfalls folgendes zu berichten:

Mit dem Erlasse der k. k. Generalinspection der österreichischen Eisenbahnen vom 24. October 1892, Z. 14942, wurde der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft gelegentlich der Genehmigung des Fahrplanes für die mit Dampf betriebenen Linien gestattet, „von der Durchführung des Verkehres am Heiligenstädter Flügel an solchen Sonn- und Feiertagen Umgang nehmen zu dürfen, wo infolge starker Schneeverwehungen die Freimachung der Strecke mit bedeutenden Kosten verbunden wäre".

Diese Erleichterung wurde seitens der k. k. Generalinspection auch mit der Genehmigung des Winterfahrplanes 1893/94 und 1894/95 bestätigt.

Der Vertreter der genannten Gesellschaft hat hieramts erklärt, dass an den letzten zwei Sonntagen infolge der vorhergegangenen Schneeverwehungen von dieser Begünstigung Gebrauch gemacht worden ist, dass jedoch, wenn keine neuerlichen Schneeverwehungen eintreten, der Verkehr am nächsten Sonntage wieder aufgenommen werden wird.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

11. Herr Gem.-Rath Büsch hat interpelliert und darauf hingewiesen, dass auf der Strecke der Schönbrunnerstraße im früheren Gaudenzdorf zwischen der Bäcker- und Gemeindegasse der neugebaute Sammelcanal in einer Länge von circa 6 m eingestürzt sei. Diesfalls habe ich die Ehre, folgendes mitzutheilen:

In der Meidlinger-Schönbrunnerstraße ist ein Theil des bereits fertiggestellten Canalbetongewölbes durch gewaltsame Weise bei der Verlegung des Tramwayoberbaues von den Organen der Tramway-Gesellschaft derart beschädigt worden, dass seitens der Bauleitung die Abtragung des beschädigten Gewölbes und Neuherstellung durch den Unternehmer verfügt wurde. Von einem Canaleinstürzen kann also nicht die Rede sein.

Da der Canal von der Gemeinde noch nicht übernommen ist, so hat der Bauunternehmer den Schaden zu tragen und steht es demselben frei, die Tramway-Gesellschaft zum Ersatze heranzuziehen.

Bezüglich der einzelnen Fragepunkte der Interpellation wäre zu bemerken:

Zu 1. Die Aufsichtsorgane des Bauamtes trifft bezüglich der Beschüttung kein Verschulden, da der Beton schon genügend fest war, um die dort sehr geringe Überschüttungshöhe zu tragen und so die Beschüttung eigentlich ein Schutz gegenüber der Winterwitterung ist.

Zu 2. Das Materiale zum Gewölbe war in jeder Richtung ein geradezu vorzügliches, was die Bruchstellen bewiesen haben. Um aber ganz bedeutenden concentrierten Druck bei Aufrichtung der Schwellen auszuhalten, hätte das Gewölbe längere Zeit zur Erhärtung haben müssen.

Zu 3. Die Witterungseinflüsse der letzten Zeit können nur die Bauführung erschweren, aber die Qualität nicht beeinflussen. Die Kältegrade waren zu geringfügig, um das Mauerwerk zu schädigen.

Zu 4. Nach den Bedingnissen treffen den Unternehmer die Kosten der Wiederherstellung des Canales, und es muss daher demselben überlassen bleiben, einen etwaigen Regressanspruch gegen die Tramway-Gesellschaft geltend zu machen. Zur Erstattung einer strafgerichtlichen Anzeige liegt für die Gemeinde gleichfalls kein Anlass vor.

Zu 5. Wegen Entfernung der auf der Schönbrunner Hauptstraße noch befindlichen Schneehaufen, insofern durch dieselben mit Rücksicht auf den Canalbau die Passage erschwert wird, wird der Magistrat ein Ersuchen an den Herrn Vorsteher des XII. Bezirkes gelangen lassen.

12. Herr Gem.-Rath Steiner hat interpelliert wegen einer Notiz, welche in der „Arbeiter-Zeitung" enthalten war und welche sich auf die Auszahlung an die Schneearbeiter auf dem Central-Viehmarkte bezog.

Diesfalls habe ich die Ehre, folgendes zu bemerken:

Mit Bezug auf den in der Nr. 17 der „Arbeiter-Zeitung" vom 17. Jänner 1895 unter der Aufschrift: „Die Arbeiterfreundlichkeit der Commune" erschienenen, den Central-Viehmarkt betreffenden Artikel kommt zu bemerken, dass es unwahr ist, dass das Versprechen, den Arbeitern pro Überstunde eine Entlohnung von zehn Kreuzern zu gewähren, nicht eingehalten wurde, und dass der Hausinspector Mayer, als es zur Auszahlung kam, jedem Arbeiter nur die Hälfte der Überstunden bezahlte; — vielmehr wurde denjenigen Arbeitern, welche Überstunden geleistet hatten, auch wirklich der versprochene Betrag von zehn Kreuzern für jede Überstunde ausbezahlt, während jenen acht Arbeitern, welche sich unter Hinweis auf die achtstündige Arbeitszeit weigerten, Überstunden zu machen, solche auch nicht bezahlt wurden. — Den

Arbeitern wurde nämlich bei ihrer Aufnahme ausdrücklich mitgetheilt, dass die Arbeitszeit (eingerechnet die einstündige Mittagspause) zehn Stunden betrage. — Es ist ferner unwahr, dass der Hausinspector Mayer die Äußerung that, die Commune Wien hätte jetzt ohnehin genug Auslagen, man müsse doch auch Rücksicht nehmen; — weiters ist unwahr, dass der Hausinspector Mayer an die Arbeiter Cigarren vertheilt hat, — dagegen ist es richtig, dass er einer Arbeiterpartie von 27 Mann nach Vollendung der Nachtarbeit vom 11. auf den 12. Jänner d. J. um ½1 Uhr nachts, mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Beschaffung von Lebensmitteln zu so später Stunde, zur Erwärmung auf seine eigenen Kosten Brantwein verabreichen ließ. Unwahr ist ferner, dass dieser Vorgang des Inspectors Erbitterung hervorgerufen hat. Dagegen kann allerdings nicht in Abrede gestellt werden, dass durch die infolge eines unliebsamen Versehens verspätet erfolgte Auszahlung am Montag den 14. Jänner 1895 unter den Arbeitern eine Missstimmung hervorgerufen wurde. Desgleichen entspricht die Bemerkung, dass die Arbeiter vor der Auszahlung in der Kälte warten mussten, nicht den Thatsachen, nachdem dieselben im Börsensaale der Schweinehalle untergebracht waren. Zu Punkt 2 wird bemerkt, dass mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 1. October 1872 der Taglohn für die bei der Straßensäuberung verwendeten Arbeiter mit 1 fl. festgesetzt wurde und dass Überstunden mit je zehn Kreuzer entlohnt werden. Diese Entlohnung erhalten auch die zur Straßensäuberung bei Schneefällen nach Bedarf aufgenommenen Arbeiter.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

13. Herr Gem.-Rath Stehlik hat eine Interpellation, betreffend die Baulinienbestimmung für die Häuser 11 und 13 in der Johannesgasse, eingebracht. Ich habe die Ehre, diesfalls folgendes mitzutheilen:

Die Baulinie für die Johannesgasse ist vom Wiener Gemeinderathe bestimmt worden und wurde speciell aus Anlass eines Ansuchens um Bekanntgabe der Baulinie für das Haus Or.-Nr. 13 Johannesgasse mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 29. September 1892 von einer Abänderung der im Jahre 1864 genehmigten Baulinie für die Johannesgasse abgesehen, diese Baulinie vielmehr beibehalten.

Es wurde demnach bereits damals am 5. October 1892 dem Inspectorate des herzoglich Savoyen'schen Damenstiftes, welches mit Zustimmung des Eigenthümers des Hauses Nr. 13 Johannesgasse — der Goldberg'schen Universitätsstiftung — um die Bekanntgabe der Baulinie für dieses Haus eingeschritten war, diese Baulinie entsprechend der Genehmigung des Gemeinderathes beziehungsweise Stadtrathes bekanntgegeben.

Neuerdings hat nunmehr am 24. November v. J. der akademische Senat seinerseits um die Bekanntgabe der Baulinie für das Haus Or.-Nr. 13 Johannesgasse, sowie für das zur Arrondierung mittlerweile zugekaufte Haus Or.-Nr. 11 angesucht und wurden die vom Stadtbauamte auf Grund der bestehenden Genehmigung der Baulinien angefertigten Baulinienpläne dem akademischen Senate hinausgegeben.

Mittlerweile wurde aber im General-Baulinienbureau ein von der Akademiestraße zum Stephansplatze und weiter zur Ferdinandsbrücke führender Straßenzug projectiert, welcher die bezeichneten beiden Häuser durchschneiden würde.

Wenn nun ein Umbau dieser beiden Häuser nach den bekanntgegebenen Baulinien stattfinden würde, so wäre der Frage wegen Durchführung dieses projectierten Straßenzuges unbedingt präjudiciert.

Es wurde demnach der akademische Senat von diesem Sachverhalte in Kenntnis gesetzt und derselbe aufmerksam gemacht, dass die Frage rücksichtlich eines Umbaues dieser Häuser erst nach erfolgter Entscheidung hinsichtlich des vorbezeichneten Straßenzuges ausgetragen werden kann.

Damit jedoch die Entscheidung über die Frage, ob überhaupt die Idee der Straßendurchführung weiter zu verfolgen sei, rasch entschieden werde, wurde der bezügliche Act dem Wiener Stadtrathe vorgelegt.

Aus diesem Sachverhalte geht demnach hervor, dass der Magistrat sich keinerlei Anmaßung des nur dem Gemeinderathe zustehenden Rechtes einer Baulinienabänderung erlaubt, sondern den Baulinienwerber nur auf eine mögliche Änderung der Baulinie aufmerksam gemacht hat.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl:**

Vielfach und sichtlich auch mit Berechtigung wird darüber Klage geführt, dass gerade in jenen neuangegliederten Bezirkstheilen, welche sich einer schnellen Entwicklung erfreuen und zumeist auch dicht bevölkert erscheinen, die postalischen Einrichtungen gegenüber dieser Entwicklung weit zurückgeblieben sind.

Ich will diesfalls nur erwähnen, dass beispielsweise im XIV. Bezirke, Sechshauser Hauptstraße Nr. 15, noch immer nur ein sogenanntes nicht ärarisches Postamt mit den gleichen Befugnissen wie in den kleinsten Dorfgemeinden sich befindet; weiters am Sechshausergürtel derzeit gar kein Briefsammelkasten angebracht erscheint und überhaupt solche Kästen in der ganzen Gürtelstraße nur sehr vereinzelt und gewiss nicht in genügender Weise sich vorfinden.

Mit Rücksicht auf die angeführten Thatsachen stelle ich daher folgende Interpellation:

Ist der geehrte Herr Bürgermeister geneigt, bei der k. k. Postdirection Schritte zu unternehmen zu dem Zwecke, damit den gedachten Bezirkstheilen in postalischer Beziehung Rechnung getragen, auch auf eine modern großstädtische Umgestaltung der erwähnten alten Landpoststellen Bedacht genommen und auf der Gürtelstrecke, insbesondere auch am Sechshausergürtel eine entsprechende Anzahl von Briefsammelkästen angebracht werden?

Bürgermeister: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

15. Interpellation des **Gem.-Rathes Schlögl:**

Stelle an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob er nicht geneigt wäre, die Demolierung des alten Schulgebäudes Ecke der Prinz Karl- und Reindorfgasse vornehmen zu lassen und den dadurch geschaffenen freien Raum zur Erweiterung des jetzt bestehenden Kirchenplatzes zu verwenden, um dadurch die vielen gerechten Klagen endlich verstummen zu lassen?

So oft nämlich ein Leichenbegängnis oder sonst eine kirchliche Feierlichkeit in obgenannter Kirche abgehalten wird, findet eine Verkehrsstörung statt und der Fußgänger ist genöthigt, sich seinen Weg durch die angesammelte Menschenmenge zu bahnen.

Auch gehört es gewiss nicht zu den Annehmlichkeiten der umliegenden Geschäftsleute, Leichenwägen längere Zeit vor ihren Geschäftslocalen stehen zu haben. Ich stelle daher die gewiss sehr dringende Interpellation auf Abschaffung dieser Übelstände.

Bürgermeister: Ich werde diese Anregung dem Magistrate zur Erledigung zuweisen, eventuell eine Vorlage an den Gemeinderath erstatten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

16. Interpellation des **Gem.-Rathes Jedlička:**

Ein Tischlermeister im VI. Bezirke in der Mollardgasse Nr. 70 war, nachdem ihm die Lehrlinge den Gehorsam verweigerten, gezwungen, dieselben zu entlassen.

Die strikenden Lehrlinge wurden bis zur Austragung dieser Angelegenheit im Verein „Lehrlingsheim" verpflegt und es entstanden aus diesem Grunde Verpflegskosten im Betrage von 10 fl. 46 kr.

Der Tischlermeister erhielt vom magistratischen Bezirksamte für den VI. Bezirk unterm 19. Jänner 1895 als Anhang zu dem dortämtlichen Decrete vom 31. December 1894, Z. 32254, einen Auftrag, laut welchem er diese Summe von 10 fl. 46 kr. nach Rechtskraft des citierten Erkenntnisses bei der dortämtlichen Hauptcassa-Abtheilung unverzüglich zu erlegen habe, widrigens dieselbe executiv eingehoben werden würde.

Da mir der Vorgang des magistratischen Bezirksamtes nicht ganz klar erscheint, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister folgende Anfragen zu richten:

1. Ist der Verein „Lehrlingsheim" eine durch irgendein Gesetz anerkannte Genossenschaft? Und wenn ja, seit welcher Zeit?

2. Seit wann ist der Magistrat, der ohnehin mit Arbeiten im übertragenen Wirkungskreise überbürdet ist, verpflichtet, für private Vereine ihre geschäftlichen Außenstände executiv einzutreiben?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen. Ich bin aber nur insofern in der Lage, den Gegenstand hier zu beantworten, als die Angelegenheit nicht in den Wirkungskreis des Magistrates als Gewerbebehörde gehört. (Gem.-Rath Jedlička: Ich habe das Decret gelesen!) Ich werde mich darnach halten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

17. Interpellation des **Gem.-Rathes Eigner:**

Bei den am Wiener Rindermarkte befindlichen Wagen herrschen derzeit Zustände, die jeden Thierfreund empören müssen und denen bei einigem guten Willen doch so leicht abzuhelfen wäre.

In den zu diesen Wagen führenden, abgetheilten Ständen stehen an jedem Markttage vom frühen Morgen angefangen große Stiere, theils angehängt, theils auch gar nicht befestigt, aufsichtslos herum. Wenn nun das Abwägen der Rinder beginnt, so werden die letzteren durch diese Stände hindurchgetrieben, wobei die schon in den Ständen befindlichen Thiere von den nachkommenden — die von ihren Treibern in der unbarmherzigsten Weise mit Stockhieben bearbeitet werden — von allen Seiten Hörnerstöße und Püffe empfangen, so dass sie vor Schmerz laut aufbrüllen; der das einmal mit angeschaut hat, der wird bestätigen, dass ein solcher Rummel jeder Beschreibung spottet.

Es ist also nur Abhilfe möglich, wenn kein anderes Vieh, als das eben zur Abwage kommende, weder in den betreffenden Ständen vor oder nach der Wage geduldet wird, indem daselbst die ganze Zeit kein Marktorgan sichtbar ist.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Sind ihm diese Übelstände gelegentlich seines Besuches am 26. November vorigen Jahres zu Augen gekommen?

Wenn nicht, gedenkt der Herr Bürgermeister eine strenge Untersuchung einzuleiten und diese Übelstände unverzüglich abzustellen?

Bürgermeister: Ich betrachte diese Interpellation als eine Anzeige; ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

18. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Dem Vernehmen nach wird von mehreren Wiener Brauereien das sogenannte Abzugbier (Hört! Hört! links) ohne jeden Beisatz von Hopfen oder Malz hergestellt. Nachdem der Preis dieses Bieres im Großhandel sowohl, als auch im Kleinverschleiße ein verhältnismäßig hoher ist und die ärmere Bevölkerung, in der Meinung, ein nahrhaftes Lebensmittel zu genießen, dieses Bier consumiert, andererseits aber die Zusammensetzung des in Rede stehenden Gebräus mit geringen Kosten für die Brauereien verbunden ist, die Qualität desselben in Bezug auf die hygienischen Anforderungen aber eine sehr fragliche ist, stelle ich die Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem Marktcommissariate den Auftrag zu ertheilen, sofort die geeignete Untersuchung in Bezug auf die Qualität der in den Wiener Brauereien erzeugten Abzugbiere, eventuell im Einvernehmen mit dem Stadtphysikate und der Lebensmittel-Versuchsstation des Apotheker-Gremiums durchzuführen und eventuell die Strafamtshandlung gegen die Schuldigen einzuleiten und den Verschleiß des Bieres, wenn sich dasselbe als gesundheitsschädlich ergeben sollte, zu inhibieren?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, über das Resultat der Untersuchung und über die Qualität des Abzugbieres mit genauer Angabe der Bestandtheile, sowie über den Herstellungspreis desselben dem Gemeinderathe binnen vier Wochen zu berichten?

Bürgermeister: Ich bin nicht in der Lage zu beurtheilen, ob die in dieser Interpellation angegebene Thatsache der Wirklichkeit entspricht oder nicht. Ich werde die Aufmerksamkeit des Stadtphysikates auf diesen Gegenstand lenken und eventuell darüber berichten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Schuh** und Genossen —

Gem.-Rath Schuh (zur Geschäftsordnung): Im Interesse der Wichtigkeit meines Antrages für den Gemeinderath ersuche ich um die vollinhaltliche Verlesung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schuh hat einen ausführlichen Antrag, betreffend die Änderung gewisser Bestimmungen des Wiener Gemeindestatutes mit einer ausführlichen Begründung eingebracht; er stellt nunmehr den Antrag, es möge auch die ganze Begründung des Antrages verlesen werden.

Ich bitte also diejenigen Herren, die mit der vollständigen Verlesung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (verliest im vollen Wortlaut den nachstehenden Antrag):

Das Gesetz vom 19. December 1890, betreffend die Erweiterung des Gemeindegebietes von Wien und Erlassung eines neuen Statutes, welches unter dem seligen Bürgermeister Dr. J. N. Prix ausgearbeitet und sowohl von der Majorität des löblichen Gemeinderathes als auch jener des hohen niederösterreichischen Landtages angenommen und von Sr. Majestät sanctioniert wurde, sollte dem Zwecke dienen, durch die Vereinigung der Vororte mit Wien unserer Stadt einen neuen Impuls großstädtischen Lebens zu verschaffen, zugleich aber auch in der Verwaltung der Gemeinde ein schnelleres Tempo in den Berathungen und Beschlussfassungen herbeizuführen, sowie eine Erleichterung in der geschäftlichen Thätigkeit des Gemeinderathes zu erwirken.

Die Güte und Zweckmäßigkeit eines Gesetzes kann erst durch seine praktische Anwendung und Wirksamkeit erprobt werden. Es ist daher auch bei dem Gesetze, welches für Wien, der Residenz des Kaisers und Hauptstadt des Reiches, geschaffen wurde, um dieser Stadt eine neue Organisation zu geben, von größter Bedeutung, an der Hand der bisher gemachten Erfahrungen festzustellen, inwieweit sich dasselbe bewährt hat, und sofern Schäden des Gesetzes zutage getreten oder Wurzel gefasst haben sollten, dieselben ehestens zu beseitigen.

Ohne auf die heutigen tristen Verhältnisse im Wiener Gemeinderathe einzugehen und die Intentionen jener Partei, welche das neue Wiener Gemeindestatut geschaffen hat, zu kritisieren, so ist doch soviel sicher, dass es nicht in der Absicht und dem Sinne der gesetzgebenden Factoren gelegen sein konnte, den Gemeinderath förmlich lahm zu legen, seine Thätigkeit auf ein Minimum zu beschränken und ihn von der Verwaltung der Gemeinde Wien nahezu auszuschließen.

Thatsächlich kann aber die Stellung, welche der Gemeinderath der Stadt Wien in der Anwendung des bestehenden Statutes bekleidet, nicht anders gekennzeichnet werden.

Von den in den Gemeinderath berufenen 138 Vertretern der Stadt Wien sind es eigentlich nur jene 23 in den Stadtrath gewählten Mitglieder, welche die Verwaltung der Stadt führen. Sie sind es ja, welche alle Agenden der Gemeinde berathen, und größtentheils darüber auch selbständig beschließen, während alle anderen Mitglieder des Gemeinderathes im Grunde genommen von jeder selbständigen Thätigkeit ausgeschlossen sind, da sie an den Berathungen des Stadtrathes nicht einmal als Zuhöhrer theilnehmen, sich über die Verhandlungsgegenstände nicht direct informieren können, und in den wenigen Angelegenheiten, die dem Gemeinderathe vorbehalten sind, und über das, was der Stadtrath berichtet und beantragt, ihre Stimmen abgeben können.

Anstatt dass nun jeder Mandatsträger, der bei Übernahme seines Mandates eingegangenen Verpflichtung gemäß, in der Lage wäre, seine Kenntnisse und Erfahrungen der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, sehen wir, dass das neue Gemeindestatut ihm eigentlich jede unmittelbare Einsichtnahme in die Gemeindeangelegenheiten verwehrt, sein Wirken lahm legt und seine Thätigkeit in den wenigen dem Gemeinderathe vorbehaltenen Agenden auf die bloße Annahme oder Ablehnung der Stadtraths-Anträge beschränkt, ja er ist der Gefahr ausgesetzt, für etwas einstehen zu müssen, worüber er sich nicht

genau informieren konnte, und er trägt die Verantwortung für jene Mitglieder, die in den Stadtrath gewählt wurden, ohne sich überzeugen zu können, welche Thätigkeit dieselben im Interesse der Stadt entwickeln, da er weder an ihren Berathungen theilnehmen, noch auch selbst seine Anträge erläutern oder auf deren Erledigung durch den Stadtrath Einfluss nehmen kann.

Dass dieser Zustand im Interesse unserer Stadt nicht bleiben kann, muss jeder einsehen, der Liebe für unsere Vaterstadt hat, und es liegt daher im Interesse und im Sinne der Bevölkerung, wenn die Forderung erhoben wird, dass gegen diesen Zustand Abhilfe durch Abänderung des Gemeindestatutes geschaffen werde.

Es kann dagegen nicht eingewendet werden, dass das „Amtsblatt" in jeder Hinsicht über die Thätigkeit des Stadtrathes Aufschluss gebe; denn im „Amtsblatte" ist nicht ersichtlich gemacht, wie viele Mitglieder bei den Berathungen anwesend waren, wann sie in der Sitzung erschienen, wann sie sich wieder entfernten, wie die Debatte stattgefunden hat, ob alle Behelfe herbeigeschafft und alle nothwendigen Erhebungen gepflogen, überhaupt, ob in gewissenhaftester Weise vorgegangen wurde.

Soll es ja doch vorgekommen sein, dass Mitglieder des Stadtrathes, um in der Präsenzliste zu erscheinen, gerade vor Schluss der Sitzung erschienen oder nach der Einzeichnung sich wieder entfernten, ja dass Stadtraths-Sitzungen oft sogar nicht beschlussfähig gewesen sein sollen.

Jedenfalls können sich solche Fälle leicht ereignen.

Es ist sonach jede Controle des Stadtrathes unmöglich, und läßt infolgedessen auch die Thätigkeit desselben an und für sich vieles zu wünschen übrig; so wurde von Mitgliedern desselben in öffentlicher Gemeinderaths-Sitzung selbst zugegeben, dass hunderte von Zuständigkeits-Verleihungen ohne Verlesung der Namen, ohne jede weitere Einsichtnahme in die Acten debattelos vorgenommen werden; auch sollen andere für die Stadt oft wichtige Referate ohne weitere Prüfung seitens des Referenten zur Berathung gelangt sein.

Es lag nun aber gewiss nicht im Sinne der gesetzgebenden Factoren, die Agenden der Stadt Wien auf solche Art behandelt zu wissen.

Ist sonach der Stadtrath in seiner jetzigen Art nicht geeignet, den Interessen der Stadt entsprechend zu dienen, ist derselbe nicht einmal imstande, die ihm zugewiesenen Berathungsgegenstände aufzuarbeiten, um wieviel schwerer muss es von jedem, der dem Stadtrathe nicht angehört, empfunden werden, durch diesen Stadtrath selbst von jeder eigenen selbständigen Thätigkeit und Wirksamkeit für die Gemeinde ausgeschlossen zu sein. Ist es unter diesen Umständen zu wundern, wenn Missmuth im Gemeinderathe, und zwar nicht bloß in den Reihen der Opposition, einreißt und fast in allen großen und bedeutenden Fragen die Verwaltung der Gemeinde zu keinem ersprießlichen Ziele zu gelangen vermag?

Heute dominiert der Stadtrath, ohne aber auch eine dieser Stellung entsprechende Wirksamkeit zu entfalten. Der Gemeinderath spielt eine unwürdige und traurige untergeordnete Rolle und bedarf einer gründlichen Emancipation von der Herrschaft des Stadtrathes.

Kann die Abhängigkeit und Unselbständigkeit des Gemeinderathes gegenüber dem Stadtrathe und die dadurch bedingte Unmöglichkeit der Lösung aller größeren Fragen drastischer geschildert werden als dadurch, dass seit Jahren im Schoße des Stadtrathes zahlreiche wichtige Anträge von Mitgliedern des Gemeinderathes unerledigt ruhen?

Man denke nur, dass die hochwichtigsten Anträge von Collegen über die Approvisionierung von Wien, die Reorganisation des Marktwesens und die Vorkehrungen gegen die Vertheuerung der Fleischpreise seit Jahren unerledigt sind. Auch die Referate über die Anträge wegen Erwirkung eines Expropriationsgesetzes zu Straßenerweiterungszwecken und wegen der Reform der Armenpflege sind seit langem ausstehend.

Auch die Anträge, welche dem Stadtrathe in Betreff der Errichtung von Altersversorgungscassen für verarmte Geschäftsleute, dann wegen Abänderung der Bauordnung und Verbesserung der Straßenpflege und Canalisation, sowie wegen der Errichtung einer communalen Sparcassa für sämmtliche Bezirke, einer communalen Brandschaden-Versicherung und Pfandleihanstalt vorgelegt wurden, und so viele andere wichtige Anträge schlummern in den Archiven des Stadtrathes.

Der Stadtrath wäre nach dem bestehenden Gemeindestatute in erster Linie berufen, dem Gemeinderathe geeignete Vorschläge über alle, das Gemeindewohl betreffende Fragen zu unterbreiten.

Was hat nun der Stadtrath in dieser Beziehung trotz des nun bereits mehr als vierjährigen Bestandes des neuen Gemeindestatutes und vielseitiger, wiederholter Interpellationen geleistet?

Wir sehen, dass die Gewerbetreibenden nach wie vor bei der Einhebung der Verzehrungssteuer für die der Vernichtung zugeführten Schlachtthiere geschädigt werden, ohne dass der Stadtrath irgendwelche Anträge zur Abhilfe gestellt hätte. Ebenso ist in der Kehrichtfrage und in anderen hochwichtigen Sanitätsfragen nichts geschehen.

Leider muss auch constatiert werden, dass der Stadtrath noch nicht Zeit fand, sich unserer Jugend anzunehmen und geeignete Anträge wegen Herstellung von passenden Kinderspielplätzen und Errichtung von communalen Kindergärten und Kinderbewahranstalten zu stellen.

Peinlich muss es auch berühren, wenn man sieht, wie noch immer die Bauordnung gehandhabt wird, wie es nämlich noch immer gestattet wird, die arme Bevölkerung in Kellern wohnen zu lassen und Häuser mit fünf und sechs Stöcken zu bauen, wodurch die Gesundheit so Vieler geopfert und das Siechthum so vieler Kinder gefördert wird, ohne dass der Stadtrath sich trotz vorliegender Anträge veranlasst fand, die entsprechenden Reformen anzustreben.

Auch die Tramwaymisère und die damit verbundene scandalöse Beförderung des Publicums, wie in solcher Art in keiner Stadt der Welt, wird immer ärger, während doch der Stadtrath in erster Linie berufen wäre, diese Frage endlich zu einer gedeihlichen Lösung zu bringen.

Man kann somit sagen, dass die Thätigkeit des Stadtrathes hauptsächlich eine negative ist. Aber auch dort, wo er positiv thätig ist, hat er sich noch keinen Ruhm erworben, das zeigen beispielsweise seine Anträge, betreffend das Verzeichnis der Häuser für die 18jährige Steuerfreiheit, indem dort Häuser aufgenommen wurden, die in der Baulinie stehen u. s. w.

So erweist sich denn der Stadtrath in seiner jetzigen Art als ein wahrer Hemmschuh jeder gedeihlichen Entwicklung unserer Stadt, und es ist an der Zeit, dass hiegegen durch zweckentsprechende Änderung des Gemeindestatutes Abhilfe getroffen werde.

Deshalb wird beantragt:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

1. Es sei die Institution des Stadtrathes in seiner jetzigen Art aufzuheben und eine entsprechende Reform dieser Institution, insbesondere die Vertheilung des Wirkungskreises des Gemeinderathes und Stadtrathes und des Verhältnisses derselben zu einander im Gesetzgebungswege anzustreben.

2. Es sei ein Comité von 12 Mitgliedern des Gemeinderathes zu wählen, welches die entsprechenden Reformvorschläge auszuarbeiten und dem Gemeinderathe vorzulegen hat.

3. Der Stadtrath werde auf jeden Fall als unentgeltliches Ehrenamt erklärt.

4. Der Stadtrath hat über diese vorstehenden Anträge binnen vier Wochen Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: Zunächst kommt die Behandlung des Antrages 4, dass diese Angelegenheit dem Stadtrathe zur Vorberathung zugewiesen werde.

Die Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Majorität; angenommmen. (Zwischenrufe.)

Ich bitte, diese Anträge können nicht im Handumdrehen erledigt werden. Das beweist die Begründung des Antrages von selbst.

Wann alle diese Wünsche in Erfüllung gebracht werden könnten, so wie es sich der Herr Antragsteller vorstellt, so hätten wir auf dieser Welt und in dieser Stadt geradezu ein Paradies. Ich glaube nicht, dass es irgendjemanden geben wird, der das alles zur Ausführung bringen könnte. (Zwischenrufe links.) Ich bitte, Sie können sich alles denken, aber nicht so laut rufen.

Ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

20. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner** und Genossen:

Am Wiener Central-Viehmarkte herrschen derzeit Übelstände, welche dringend einer Abhilfe bedürfen.

Von den am Rindermarkte beschäftigten Treibern sind in letzterer Zeit Wiener Fleischhauer um das Geld zur Versteuerung der von ihnen gekauften Thiere gebracht worden, indem ein Treiber mit der Steuer für 21 Ochsen im Betrage von über 190 fl. einfach verschwand und verschwinden konnte, weil die Marktbehörde nur eine unzureichende Controle über diese Leute führt, und in einem anderen derartigen Falle geht das betreffende Individuum heute noch, trotz erfolgter Anzeige und trotz Betreffender vom k. k. Bezirksgerichte im XVII. Bezirke wegen Veruntreuung zu fünf Tagen strengen Arrestes und Ersatz des unterschlagenen Betrages verurtheilt worden ist, unbehelligt am Markte herum.

Ich stelle daher den Antrag:

Der Magistrat werde beauftragt, diesem Treiberunwesen ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, eine strenge Controle der Viehtreiber einzuführen, dieselben äußerlich durch eine Kappe, Armbinde oder dergleichen zu kennzeichnen, unredliche Individuen sofort abzuschaffen und einen Vorschlag in der Richtung zu erstatten, ob es nicht angezeigt wäre, die Steuerbeträge von einem städtischen Beamten von den Marktparteien in Empfang zu nehmen und abzuführen, dann mit der Steuerbolette in der Hand von dem städtischen Marktdiener in Begleitung der versteuerten Thiere bis

zur Finanz-Austrittsexpositur daselbst abführen zu lassen. Das wäre mit keinen großen Unkosten verbunden und wären die Fleischhauer, die ohnehin schwer unter den heutigen Geschäftsverhältnissen zu leiden haben, vor empfindlichem Schaden bewahrt.

Anliegend mehrere Unterschriften von beschädigten Fleischhauern.

(Folgen die Unterschriften mit nachstehendem Vermerk:)

Obige Unterschriften sind von in jüngster Zeit geschädigten Marktparteien, die sich noch durch viele auf solche Art Beschädigte vermehren ließen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

21. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner** und Genossen:

Nachdem die Unterhandlungen mit der Dampftramway vormals Krauß & Comp. in Betreff der Verlängerung ihrer Linie nach Orth zum Zwecke der Kehrichtverführung bisher noch nicht zum gewünschten Ziele geführt haben, so beantrage ich,

dass auch mit der Staatsbahn und Aspangbahn Unterhandlungen eingeleitet werden zu dem Zwecke, dass die Linie nach Stadlau, Gerasdorf beziehungsweise Wolkersdorf, und jene nach Stadlau, beziehungsweise Raasdorf, Siebenbrunn, sowie auch vom Aspangbahnhof nach Trumau beziehungsweise Tattendorf zum Kehrichttransport benützt werden können. Hiebei wäre in Wien an einer der nachstehenden Stellen eine Kehrichtverladestation zu errichten:

1. am linksseitigen Ufer des Donaucanales, dort, wo die zum Erdberger Gaswerke führende Schleppbahn abzweigt, oder
2. hinter dem Central-Viehmarkte an dem dortigen Schleppgeleise, oder
3. am Staatsbahnhofe selbst, in dem an der Simmeringerstraße gelegenen Theile desselben, und
4. am Aspangbahnhofe am Wiener-Neustädter Canal.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Röhrl:**

Die Kreuzungsstelle zwischen der Gürtelstraße im XV. Bezirke einerseits, sowie der Sechshauser Hauptstraße und der Gumpendorferstraße andererseits erfreut sich einer überaus lebhaften Frequenz, welche gewiss auch eine entsprechende Beleuchtung dieses Straßentheiles nicht nur als nützlich und zweckdienlich, sondern geradezu behufs Verhütung von Unglücksfällen als geboten erscheinen lässt. Ich stelle daher folgenden Antrag:

dass der an gedachter Stelle, und zwar jener auf der Fünfhauser Seite, befindliche Candelaber mit einer halbnächtigen Flamme aufgelassen und an dessen Stelle ein Candelaber mit einem Intensivbrenner angebracht werden möge, und zwar hat die vollständige Beleuchtung dieses Platzes ganznächtig zu geschehen.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

23. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner:**

Durch die Aushebung der offenen Arbeitscunette für den Bachcanal, sowie durch die im Vorjahre vorgenommene Auswechslung und Legung des Rohrstranges für die Gas- beziehungsweise Wasserleitung wurde in dem Theile der Billrothstraße vom Hirschenberg bis zum alten Döblinger Ortsfriedhofe der Straßenunterbau entfernt, wodurch die chausseemäßige Erneuerung der Straße nothwendig gemacht worden ist.

Da schon von der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling die Niveauregulierung am sogenannten Hirschenberg in Aussicht genommen und im Bezirksausschusse des XIX. Bezirkes diese Regulierung seit der Einverleibung mit Wien alljährlich in den Voranschlag aufgenommen wird, die in Rede stehende Regulierung aber eine unerlässliche Vorbedingung für die Herstellung der Tramwaylinien nach Sievering und Grinzing bildet und jetzt ohne besondere Verkehrsstörungen mit verhältnismäßig geringen Mitteln durchgeführt werden könnte, stelle ich den Antrag:

Es sei die Regulierung des Niveaus in der Hirschengasse (jetzt Billrothstraße) in Döbling vom sogenannten Hirschenhause bis zur Krümmung der Straßen nach Sievering und Grinzing ungesäumt in Angriff zu nehmen und die bezügliche Arbeit zugleich mit der bei Übersetzung der Billrothstraße durch die Stadtbahn stattfindenden Neuanlage der Straßenkörper durchzuführen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

24. Antrag des **Gem.-Rathes Sauerborn:**

Die Himbergerstraße ist von der früheren Gemeindegrenze bis zur neuen Verzehrungssteuerlinie, einer Strecke von 1·5 km, gar nicht beleuchtet.

Wie dringend nothwendig aber die Beleuchtung dieser Strecke ist, hat sich bei dem letzten großen Schneefalle, wo die Straße zum größten Theile verweht war, in der bedauerlichsten Weise ergeben, da infolge der Finsternis eine Anzahl von Fuhrwerken verunglückt sind.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen:

Es sei die Himbergerstraße von der ehemaligen Gemeindegrenze bis zur neuen Verzehrungssteuerlinie entsprechend mit Gas zu beleuchten.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung an den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

25. Antrag des **Gem.-Rathes Jedlička:**

Der sesshafte Gewerbestand, sowie der reelle Handelsstand Wiens leidet unleugbar unter dem Übel, genannt „Hausierhandel“, und wurde diesem Umstande in unzähligen Petitionen und Resolutionen Ausdruck gegeben.

Das Tischlergewerbe z. B. leidet unter der Concurrenz der im mährisch-ungarischen Grenzgebirge im Winter massenhaft erzeugten Gartenmöbeln, Tischen und Sesseln, welche im Frühjahre in Wien wagenweise verhausiert werden. Der Binder leidet unter der Concurrenz der in denselben Gegenden erzeugten massenhaft eingeführten und im Hausierwege abgesetzten Binderwaren; das Spenglergewerbe leidet unter der Concurrenz der durch die Drahtbinder verhausierten Blechwaren, der Siebmacher und der Drahtflechter leidet unter derselben; das Wirtsgewerbe durch das Verhausieren der Flaschenbiere und Flaschenweine, das Gewerbe der Optiker, der Pfaidler, der Zuckerbäcker, die Geschäfte der Papierhändler 2c. 2c. leiden alle darunter.

Die sesshaften Gewerbetreibenden und reellen Kaufleute zahlen enorme Mietzinse und Steuern, müssen warten, bis die Kunden in ihre Gewölbe oder Geschäfte kommen, und die Hausierer überschwemmen die ganze Stadt und dringen mit ihren Hausierwaren bis in die höchsten Stockwerke der Häuser und ruinieren die an eine feste Betriebsstätte gebundenen Geschäftsleute.

Sämmtliche Gewerbetage und Gewerbecongresse befassten sich mit dieser Frage und fassten diesbezügliche Beschlüsse, welche alle ohne Ausnahme dahin giengen, den Hausierhandel gänzlich abzuschaffen.

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer befasste sich ebenfalls mit dieser Frage, berief zum Zwecke eines gründlichen Studiums eine Enquête und beschloss nach Beurtheilung der gesammelten Daten mit großer Mehrheit, für die Abschaffung des Hausierhandels einzutreten.

Es wurde in diesem Sinne ein Elaborat ausgearbeitet und dem hohen Reichsrathe unterbreitet, aber alles vergebens.

Dieses Elaborat liegt seit dem Jahre 1888 im Archive des Reichsrathes und ist noch nicht das geringste geschehen, was auf eine Änderung der so traurigen Verhältnisse des Gewerbe- und des Handelsstandes hindeuten würde. Von der Legislative ist in dieser Sache noch gar nichts geschehen.

Unter dem Drucke des Hausierhandels leiden, ebenso wie die Stadt Wien, auch andere Städte.

Die Nothwendigkeit der Abschaffung des Hausierhandels wurde auch von der Vertretung der Landeshauptstadt Graz anerkannt, und nachdem man dort sah, dass man auf eine Abhilfe von Seite der Gesetzgebung in absehbarer Zeit nicht rechnen kann, fasste der Gemeinderath der Landeshauptstadt Graz im Jahre 1894 den Beschluss, die Stadt Graz für den Hausierhandel als gesperrt zu erklären.

Durch diesen Beschluss hat der Gemeinderath der Stadt Graz gezeigt, dass er aufrichtig bestrebt ist, den reellen Handels- und Gewerbestand zu schützen, und dass er sich nicht scheut, für die Interessen seiner sesshaften Einwohner auf diese Art einzutreten.

Die Verhältnisse im Handels- wie im Gewerbestande werden von Tag zu Tag schlechter, und nachdem auch jetzt noch nicht die geringsten Aussichten vorhanden sind, dass es überhaupt jemandes Ernst ist, diese Frage einer günstigen Lösung zuzuführen, stelle ich folgenden Antrag:

Der Gemeinderath beschließe:

Die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ist für den Hausierhandel als gesperrt erklärt.

Damit wird auch der Gemeinderath von Wien zeigen, dass er den reellen Handel- und Gewerbestand erhalten will.

Bürgermeister: Wird dem Magistrate zur Vorberathung zugewiesen. Wir kommen zur Tagesordnung.

Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rath Boschan.

26. (7 ex 1895.) **Referent Gem.-Rath Boschan:** Ich habe die Ehre, ad Z. 7 ex 1895 Bericht zu erstatten. Die geehrten

Herren werden sich erinnern, dass bei Gelegenheit der Beschlussfassung über die Emission unseres 35-Millionen-Anlehens die Größe der Appoints der einzelnen Obligationen vom Gemeinderathe festgesetzt wurde.

Die Herren werden sich auch zu erinnern wissen, dass ich seinerzeit vom Referententische die Herren gebeten habe, auf die Anträge, welche hier gestellt wurden und welche dahin giengen, die Zahl der Appoints möglichst groß und die Höhe der Abschnitte möglichst klein zu machen, nicht einzugehen, weil, wie ich damals sagte, die Erfahrung zeigen wird, dass das Publicum die größeren Appoints bevorzugen wird. Nachdem die erste Emission ausgegeben war, nachdem weiters eine Million unserem sogenannten eisernen Reservefonde zugewiesen und ein weiterer Betrag von einer Million zur Zahlung der Grundentschädigung an den Grafen Hoyos verwendet worden war, verblieben in der städtischen Hauptcassa als unbegebener Theil des Anlehens folgende Stücke: 45.050 Stück à 100 Kronen — im ganzen waren 50.000 Stück emittiert worden. 19.000 Stück à 200 Kronen, 4288 Stück à 500 Kronen, und von den größeren Appoints waren nur vorhanden 6 Stück à 1000 Kronen und 9 Stück à 5000 Kronen. Es hat sich nun gezeigt, dass, wenn man zu weiteren Begebungen schreiten will, von den Abnehmern geradezu die Bedingung gestellt wird, keine zu kleinen Appoints zu empfangen, weil dieselben im Publicum nicht gerne genommen werden.

Es ist dies auch begreiflich; das kleine Publicum zieht es vor, seine Ersparnisse in die Sparcassa zu geben, und die größeren Geldbesitzer finden es unbequem, so große Pakete Obligationen zu haben, die Coupons abschneiden und, was auch in Betracht kommt, bei jeder Verlosung die Nummern genau durchsehen zu müssen, ob nicht eine gezogene Nummer darin enthalten ist. Aus diesem Grunde wurde von Seite des Herrn Bürgermeisters die Anregung gegeben, einen Theil der noch unbegebenen Stücke einzuziehen, d. h. sie nicht in Umlauf zu setzen, und an deren Stelle größere Appoints zu setzen. Die Kosten des Umdruckes beziehungsweise dieser Zusammenlegung sind verhältnismäßig unbedeutend und verschwinden dagegen, dass wir möglicherweise diese kleinen Appoints um einen etwas geringeren Cours, sagen wir um $^1/_2$ Percent billiger begeben müssten. Das würde fünf- bis sechsmal so viel ausmachen, als die verhältnismäßig kleinen Kosten des Neudruckes. Es wird daher der Antrag gestellt (liest):

Es seien von den bisher emittierten Schuldverschreibungen

1. 40.000 Stück Schuldverschreibungen à 100 Kronen, 15.000 Stück à 200 Kronen und 5000 Stück à 500 Kronen in 1000 Stück à 5000 Kronen und 4500 Stück à 1000 Kronen, welche den gleichen Betrag von neuneinhalb Millionen Kronen ausmachten, zusammenzulegen, wobei der Vorrath an Obligationsblanketten zu verwenden und der erforderliche Mehrbedarf bei der Neusiedler Papierfabrik nachzubestellen sein wird;

2. es sei an den n.-ö. Landtag eine Eingabe zu richten, in welcher um Abänderung des Landesgesetzes vom 9. September 1893, L.-G.-Bl. Nr. 49, in dem Sinne gebeten wird, dass folgende Appoints genehmigt werden:

10.000	Stück	à	100	Kronen	=	1,000.000 Kronen
10.000	„	à	200	„	=	2,000.000 „
5.000	„	à	500	„	=	2,500.000 „
14.500	„	à	1.000	„	=	14,500.000 „
3.000	„	à	5.000	„	=	15,000.000 „
					Summa .	35,000.000 Kronen

3. nach erfolgter Änderung des genannten Landesgesetzes hat der Stadtrath die Drucklegung der neuen zusammengelegten Titres zu veranlassen;

4. die zur Einziehung bestimmten Titres sind nach Fertigstellung der neuen Obligationen durchzuschlagen und zu vernichten.

Bei dem Umstande, als zu dieser Beschlussfassung ein Landesgesetz nothwendig und im Laufe dieses oder des nächsten Jahres es jedenfalls nothwendig sein wird, behufs Fortführung der Arbeiten zur Erweiterung der Wasserleitung eine neue Summe aus diesem Anlehen zu begeben, erlaubt sich der Stadtrath zu bitten, diesem Antrage die Zustimmung zu geben.

Gem.-Rath Hawranek: Ich bin mit dieser Änderung nicht einverstanden. Es hat ja geheißen, dass das Anlehen schon weit überzeichnet ist. Ich kann nicht begreifen, dass noch so viele Papiere vorhanden sind, wenn schon um so viel überzeichnet ist.

Bürgermeister (unterbrechend): Es wurde ja nur ein Theil von 22 Millionen begeben, es wurden aber 35 Millionen durch das Landesgesetz genehmigt.

Gem.-Rath Hawranek (fortfahrend): Nun ja, aber jetzt ist alles da, und wir sollen wieder ein neues Landesgesetz bekommen. Da werden die im Landtage und auch wir hier wieder mit solchen Dingen beschäftigt. Die Obligationen sind fertig; jetzt sollen sie wieder vernichtet werden. Wozu diese Manipulationen? Da es bekannt ist, dass noch so viele da sind, so werden ja diese Obligationen begeben. Es ist gar nicht nothwendig, dass man die Sache ändert; es nehmen halt die kleinen Leute Antheil. Ich kann das nicht recht verstehen, warum man das ändern soll. Jetzt ist schon alles gedruckt und fertig und das soll nun vernichtet werden und wieder größere Obligationen begeben werden. Ich muss aufrichtig sagen, dass ich die Nothwendigkeit nicht einsehe, das zu ändern, und ich werde dagegen stimmen.

(Während vorstehenden Ausführungen hat Vice-Bürgermeister Matzenauer den Vorsitz übernommen.)

Bürgermeister: Der Herr Vorredner hätte sich einen Theil seiner Einwendungen erspart, wenn er die Güte gehabt hätte, dem Herrn Referenten mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Herr Referent hat genau auseinandergesetzt, wie sich die Sache verhält.

Wie den Herren bekannt ist, hat der Gemeinderath seinerzeit beschlossen, ein Anlehen von 35 Millionen Kronen aufzunehmen. Dieser Beschluss wurde dann durch ein Landesgesetz bekräftigt und ist durchgeführt worden. Es ist aber weiter vom Gemeinderathe beschlossen worden, vorerst einen Theil dieses Anlehens im Wege einer öffentlichen Subscription zu begeben, nämlich jenen Theil, welcher nothwendig ist, um einen gewissen Theil der bereits aufgelaufenen Auslagen zu bestreiten. Jene Auslagen, welche erst in Zukunft auflaufen werden, werden erst in Zukunft aus dem noch vorhandenen Theile des Anlehens zu bestreiten sein. Es wurde nun, dem Wunsche des Gemeinderathes entsprechend, die öffentliche Subscription durchgeführt. Es war dies nicht ein absolut fester Beschluss, es war kein Auftrag, sondern nur ein Wunsch. Es hat sich nun bei der Durchführung der Subscription gezeigt, dass das gesammte zeichnende Publicum, die Banken sowohl, als das Privatpublikum, den Wunsch ausgesprochen hat, gewisse, nicht zu kleine Appoints zu bekommen. Den Herren ist ja bekannt, dass bei diesen Zeichnungen solche unter 1000 oder unter 5000 Kronen wenig vorkommen. Das kleine Publicum, das 100 oder 200 Kronen nimmt, betheiligt sich an den Zeichnungen nicht. Ich wiederhole,

dass das gesammte zeichnende Publicum größere Appoints gewünscht hat, und wir mussten diesem Wunsche auch Rechnung tragen, weil ja sonst die Durchführung der Subscription Schwierigkeit gemacht hätte.

Es sind nun dem Wunsche des Publicums gemäß die Appoints hinausgegeben worden, und zwar der allergrößte Theil der großen Appoints, während uns die kleinen Appoints zurück geblieben sind. Wir haben, wie die Herren aus dem Vortrage des Herrn Referenten entnommen haben, 45.000 Stück zu 100 Kronen. Was sollen wir mit dieser Unmasse von ganz kleinen Appoints thun? Die bringen wir nicht an. Ich müsste geradezu bei der Begebung solcher Papiere einen Nachlass bewilligen, weil die Manipulation mit diesem Papiere unbequemer ist. Wenn jemand sich 1000 Kronen kauft, so will er ein Appoint haben, will er damit nur einmal manipulieren, nur einen Coupon abschneiden; er will auch nicht durch die Verlosungen so oft geniert werden. Mit Rücksicht darauf ist es ein Gebot der Vorsicht, heute den Gemeinderath um die Ermächtigung zu ersuchen, diese Umänderung in den Appoints anzustreben und größere an Stelle der kleineren treten zu lassen.

Es bleibt noch immer eine ziemlich große Anzahl kleiner Appoints. Der Herr Referent wird die Güte haben, darauf hinzuweisen, dass noch immer 4000 Stück à 100 Kronen und mehrere tausend à 200 Kronen — ich kann mich irren, der Herr Referent hat das im Acte und wird das richtigstellen — bleiben, wir haben noch immer eine große Anzahl, so dass es möglich ist, den Wünschen des kleinen Publicums, des Arbeiters, der dienenden Personen, welche Appoints zu 100 oder 200 Kronen erwerben wollen, Rechnung zu tragen. Da wir aber eine ziemliche Anzahl von Millionen noch zu begeben haben, müssen wir auch auf die Wünsche des größeren Publicums, welches größere Appoints verlangt, Rücksicht nehmen; wenn wir das nicht thun, würden wir am Begebungscourse einen Verlust erleiden, welcher sehr leicht mehrere 100.000 fl. ausmachen kann.

Es ist der demokratischen Richtung und den demokratischen Wünschen bei der Begebung des Anlehens volle Rücksicht getragen worden, es wird das auch in Zukunft der Fall sein; es hat sich aber gezeigt, in welchem Maße das möglich ist. Aus diesen Erwägungen ergibt sich der Antrag, welchen der Stadtrath durch den Referenten stellt, und ich bitte, diese Anträge zu genehmigen.

Gem.-Rath Jedlička: Ich hätte am allerwenigsten Ursache, über Papiere zu reden, die vielleicht als Capitalsanlage angekauft werden; aber bei dieser Gelegenheit kann ich nicht unterlassen, Ihnen meine Meinung zu sagen und zu erklären, dass es mir wieder vorkommt, dass man dieses Anlehen der Stadt Wien den kleinen Leuten nicht zugänglich machen will. Sie sehen ja aus den zusammengestellten Ziffern, es war früher beschlossen, dass 50.000 Stück 100 Kronenscheine ausgegeben werden. Durch das genannte Landesgesetz sind bestimmt worden 50.000 zu 100 Kronen, 25.000 zu 200 Kronen, jetzt nur 10.000; 10.000 Antheilscheine à 500 Kronen, jetzt nur 5000; 10.000 zu 1000, die sind erhöht worden auf 14.500.

Früher waren von den großen Antheilscheinen 2000 zu 5000 Kronen, jetzt sind es 3000. Aus dem ganzen ersehe ich, dass man für die Leute, die mit großen Geldern arbeiten, diese Papiere commoder machen will.

Ich gebe ja zu, dass es dem Bankier, der unzählige Papiere zu Hause hat, commoder ist, mit größeren Papieren rechnen zu können. Aber damit ist der Zweck nicht erreicht. Der Commune Wien schenkt das Publicum doch noch größeres Zutrauen als einer Bank, an deren Spitze sich vielleicht ein abgekrachter Baron stellt und bei der — ich weiß nicht — welche Geschichten getrieben werden. Wenn sich der kleine Mann 100 Kronen wird auf die Seite legen können, wird er Gelegenheit haben, sich das anzuschaffen, und er wird von der Commune, der er Steuer zahlt, auch quasi eine Rückvergütung in Form der Percente, die er erhält, bekommen. Nun sind die 100- und 200-Kronenscheine im Umlaufe; die werden von den Bankhäusern nicht aufbewahrt, sondern dem Verkehre zugeführt, und es wird dem Wiener immer möglich sein, sich solche Scheine anzuschaffen. Solche Scheine werden aber nicht wie ganz gewöhnliche Wechselblankette gedruckt, sondern mit künstlerischer Ausstattung erzeugt. Wenn aber das Gesetz genehmigt wird, so werden sie wieder vernichtet. Es werden also Auslagen gemacht, die dann wieder verloren gehen, und das geschieht immer nur zum Nutzen und zur Commodität des Großcapitales. Übrigens weiß ich nicht, ob wir heute darüber beschließen können, denn ich weiß nicht, ob wir 92 sind. Es wird immer lamentiert, dass wir gegen das Großcapital sind. Wir sind es nicht, aber wir verlangen, dass, wenn die Commune Geld aufnimmt, wenigstens auch die Zinsen bei uns bleiben. Es sollen auch Leute, die kein Geld zu verlieren haben, Dienstboten oder Gehilfen, sich Papiere anschaffen können. Ich bin entschieden dagegen, dass das einmal durch das Gesetz Angenommene umgeändert wird. Ich werde dagegen stimmen.

Bürgermeister: Meine Herren! Es werden Anschauungen geäußert, die ja mit den Verhältnissen gar nicht im Einklange stehen. Was der Herr Vorredner gesagt hat, beruht auf einem Missverständnisse. (Zwischenrufe links und Rufe: Es passt halt nicht!) Für mich handelt es sich darum, die Sache so auszuführen, wie sie im Interesse der Gemeinde liegt, und das Interesse der Gemeinde zu wahren, ist meine Pflicht. (Beifall rechts. — Gem.-Rath Jedlička: Das Interesse der Börse!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, den Herrn Bürgermeister nicht zu unterbrechen, wenn er spricht. (Widerspruch links.) Ich bitte, sich den Anordnungen des Vorsitzenden zu fügen. (Beifall rechts.)

Bürgermeister (fortfahrend): Ich bin auch der Meinung, dass bei diesem Gegenstande gar kein Anlass zu einer Aufregung vorliegt; es handelt sich um eine ganz nüchterne Geldangelegenheit, bei der das Interesse der Gemeinde gewahrt werden soll. Ich möchte nun dem Herrn Vorredner ein Beispiel anführen, damit er sieht, wie die Sache steht. Ich bitte dabei den Herrn Referenten, mich eventuell zu berichtigen, weil ich die kleinen ziffermäßigen Details nicht im Kopfe haben kann. Der Gemeinderath hat 50.000 Appoints zu 100 Kronen beschlossen. Die bringen wir aber nicht an, weil wir so viele Leute, die 50.000 Appoints zu 100 Kronen, also ein Appoint zu 100 Kronen zeichnen, nicht finden, das heißt, sie haben sich eben bei der Subscription nicht gefunden, sie haben sich nicht gemeldet.

Wir mussten aber den Wünschen der Subscribenten Rechnung tragen und größere Appoints herausgeben. So sind von diesen 50.000 Appoints à 100 Kronen 5000 Stück hinausgegeben worden und 45.000 Stück sind geblieben. Nun denken Sie, welche Mühe und Zeit es kosten würde, um 45.000 Stück à 100 Kronen zu begeben. Nun wollen wir ja nicht alle 45.000 Stück einziehen oder annullieren, sondern, wie der Herr Referent beantragt, bloß 40.000 Stück, und 5000 Stück wollen wir ja noch weiter belassen. Das entspricht den weitestgehenden Bedürfnissen, wenn Sie berück-

sichtigen, meine Herren, dass ein großer Theil des kleinen sparenden Publicums, wie der Erfolg erwiesen hat, vorläufig nicht darauf ausgeht, Papiere, sei es nun des Staates oder anderer öffentlicher Körperschaften, zu nehmen. Dieses Publicum legt sein Geld lieber in die Sparcassa. Das ist bis zu einem gewissen Grade erklärlich, weil dieses Publicum in kleineren Beträgen einlegt und in kleineren Beträgen im Falle des Bedarfes aus der Sparcassa ausnimmt. Diese Leichtigkeit des Verkehres ist auch bei Appoints von 100 Kronen schwierig. Der Mann oder die Frau, die solche Effecten besitzen und Geld brauchen, müssen in einem solchen Falle die Papiere verkaufen, das ist unangenehm, während bei der Sparcassa auch die kleinsten Beträge eingelegt und herausgenommen werden können. Das sind offenbar die Gründe, abgesehen davon, dass zur Sparcassa ein großes Vertrauen besteht, warum ein großer Theil des Publicums lieber ihr Geld in die Sparcassa legt, als in öffentlichen Papieren investiert. Das sind wieder andere Kreise der Bevölkerung, welche Papiere kaufen, und diesen Verhältnissen muss Rechnung getragen werden. Es wurde auch der Antrag lediglich deswegen gestellt, weil diese großen Appoints zu einem besseren Course anzubringen sind, wie die kleinen.

Es kann sich leicht eine Coursdifferenz von 20, 30 auch 40 kr. ergeben, und das wollen wir vermeiden. Denn eine solche Differenz wäre immerhin ein großer Verlust und würde in die hunderttausende von Gulden gehen.

Das sind die ganz klaren und nüchternen Erwägungen, aus denen man zu den Anträgen des Referenten kommt. Es ist gar nichts dahinter und ich wüsste nicht, welche Nebenabsicht vorhanden wäre.

Bei der öffentlichen Subscription war auch der kleinste Mann, kurz das ganze Publicum in der Lage, zu zeichnen. Wir haben gesehen, wer gezeichnet hat: ein Theil des kleinen und ein Theil des großen Publicums. Sie haben aber gesehen, dass der weitaus größere Theil in größeren Appoints und ein verhältnismäßig kleiner Theil kleine Appoints gewünscht hat. Das führte uns dazu, die Anzahl der großen Appoints zu vermehren und die Anzahl der kleineren Appoints zu verringern.

Gem.-Rath Geitler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte. (Widerspruch links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Die Herren, welche mit Schluss der Debatte einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Schluss der Debatte ist angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Sebastian Grünbeck, Purscht, Tomola und Gregorig.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Meine Herren! Wenn ich mich zum Worte gemeldet habe, so ist es ganz allein der Umstand, dass man jetzt auf einmal sagt: die Obligationen oder vielmehr die Appoints, wie Sie sie nennen, sind zu klein.

Warum sind sie zu klein? Und warum sind die kleinen zurückgeblieben? Da will ich Ihnen die Aufklärung geben.

Wenn zum Beispiel jemand bei der öffentlichen Zeichnung 1000 Kronen gezeichnet hat, so hat man ihm die Sachlage nicht nahegelegt, sondern man hat ihm statt 10 Stück à 100 Kronen einfach ein Stück zu 1000 Kronen gegeben. Auf diese Weise sind die kleinen Appoints zurückgehalten worden, was aber absolut unrichtig ist. (Unruhe rechts.) Da hört man (nach rechts zeigend) keine Glocke; wenn bei uns Unruhe ist, ist die Glocke immer in Gang.

Also auf diese Weise sind die kleinen Obligationen zurückgehalten worden, es ist ein Fehler in der Manipulation geschehen. Hätte man bei kleinen Beträgen von 1-, 2-, 3000 Kronen immer die kleineren Papiere hingegeben, wenigstens einen Theil derselben, so wäre es unbedingt besser gewesen, und Sie wären nicht in die unangenehme Lage gekommen, dass so viel, circa 40.000 Stück, zurückgeblieben sind.

Es ist nicht richtig, wie der Referent gesagt hat, dass gerade er es vorher gesagt hat, dass diese kleinen Obligationen zurückbleiben werden. Wenn man es so anlegt und nur gerade große hinausgibt, dann ist es selbstverständlich, dass die kleineren unbedingt zurückbleiben müssen. Kann es uns dann wundern, dass wir Papiere zu 200 Kronen förmlich in die Stampfe geben müssen? Wie ist es bei den Staatspapieren? Die 60er Lose hat man auf fünftel getheilt, und wie werden die begehrt? So ist es auch bei anderen Papieren. Dieser Art der Einführung kann man absolut nicht zustimmen. Es kommt mir so vor, als wenn man diese kleinen Papiere, die zu 200 Kronen, dem Publicum mit Gewalt entziehen und als wenn man nur die großen Papiere den Bank- und Geldinstituten oder den Großcapitalisten zuschanzen wollte. Das sage ich Ihnen ganz ruhig, wir haben überhaupt die Anlehen nur dafür!

Meine Herren! Es ist nichts neues; in anderen Ländern sind zu wiederholtenmalen öffentliche Zeichnungen unter dem Volke gewesen. Es ist eigentlich dies das erstemal, dass man sich bei uns direct an das Volk wendet. Wundern Sie sich da, dass das kleine Publicum vielleicht weniger begehrt hat? Sicher ist, dass nicht alle in die Sparcassa gehen, sondern nur derjenige, der eventuell den Nothpfennig morgen wieder braucht. Andere Geschäftsleute, bessere Arbeiter und die untere Beamtenschaft kaufen sich gelegentlich das eine oder andere Stück. Aber wenn man lauter große Papiere, zu 5000 oder 1000 Kronen, und nur so eine Kleinigkeit, 4000 oder 5000 Stück, kleine herausgibt, dann schließen Sie ja die kleineren und mittleren Leute selbstverständlich aus. Sie machen es nicht so, wie in anderen Ländern, wo man gerade das kleinere Publicum heranzieht. Es soll auch theilnehmen und soll sich gewisse Renten kaufen. Sie wollen das einfach nicht. Ich weiß nicht, ich muss es schon sagen, Sie sind nur dafür, dass nur die Großcapitalisten die 5000 und 1000 Kronenpapiere sich kaufen. Das ist nicht das Richtige. Das, was der Herr Referent gesagt hat, ist nur deswegen eingetroffen, weil man die kleineren Papiere einfach nicht hinausgegeben hat.

Sie mögen sagen, was Sie wollen, und mögen darüber lachen — über Sie lacht man schon lange draußen. Sie dürfen da nicht überrascht sein, aber es wird noch besser kommen, man wird in der Zukunft nicht mehr über derlei Sachen, die wirklich angelegt sind, um den Kleinen förmlich davon auszuschließen, dass er auch Mitbesitzer sein kann, lachen. Sie sehen es lieber, wenn die Leute hergehen, Türken- oder Serbenlose kaufen (Richtig! links), wo das Volk verliert. Meine Herren, erziehen wir die Bevölkerung dazu und machen wir sie aufmerksam: Ihr bekommt um 50, 100, 200 fl. auch Obligationen — dann wird sie nicht auf so manche andere Papiere greifen müssen. Aber das wollen Sie ganz einfach nicht. Meine Herren, ich stimme dagegen, und wenn Sie wieder Geld hinausgeben, dann vertheilen Sie es ein bisschen, denn wenn einer 20.000 Kronen verlangt hat, hat man ihm einfach 20 Tausender aufgezählt. Einfacher ist es schon, aber viel praktischer ist es, wenn man ihm 10 oder 20 kleine

Stücke dazugibt. Es ist ja nichts neues: auf der Börse war das Papier gar nicht zu erfragen und nicht zu kaufen. Es ist Ihnen aber leid gewesen, dass es unter das Publicum, unter die besser Situierten gekommen ist. Nein, da ist es viel besser, dass es von der Börse abhängt, die über Nacht unser Papier in arger Weise gefährdet. Ich werde absolut gegen diese neue Art der Vertheilung stimmen aus den Gründen, die ich Ihnen gesagt habe, weil ich der Meinung bin, es solle das Papier dem Volke zugänglich gemacht, nicht aber dasselbe davon ausgeschlossen werden.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Der Herr Referent hat das Wort. (Gem.-Rath Jedlička: Ich habe mich zum Worte gemeldet!) Ja, aber nach der Geschäftsordnung hat der Referent jederzeit das Recht, das Wort zu nehmen.

Referent: Ich bin wirklich erstaunt über die Ansichten, die geäußert worden sind. Die Herren werden sich zu erinnern wissen, dass wir bei der Subscription ausdrücklich gesagt haben, es solle jeder auf dem Subscriptionsbogen, wo er zeichnet, die Wünsche bezüglich der Appoints bekanntgeben, und man werde diesen Wünschen, soweit der Vorrath reicht, Rechnung tragen. Dadurch haben wir geglaubt, am allerbesten erfahren zu können, was das Publicum wünscht, und das Publicum muss doch besser wissen, was es wünscht, als die Herren, die gesagt haben, dass sie es besser wissen. Wenn es so gewesen wäre, wie die Herren sagen, dass das Publicum nur kleine Obligationen braucht, so würde bei der Subscription ein Bedarf an kleinen Appoints gewesen sein. Niemandem wäre das lieber gewesen als uns, denn dadurch hätten wir die kleinen Stücke angebracht. Gerade die Opposition hat es verschuldet, dass wir unnöthig viele tausende Gulden an Druckkosten ausgegeben haben, obwohl, wie sich die Herren zu erinnern wissen, ich hier gekämpft habe, dass man nicht so ungeschickt sein soll und eine solche Riesensumme in Antheilen zu 50 fl. ausgeben, für welche keine Käufer zu finden sind.

Wenn man eine Ware verkaufen will, so muss man sich nach dem Wunsche der Käufer richten. Man kann nicht sagen: ich capriciere mich darauf, die Käufer müssen gerade kleine Appoints nehmen, sondern man muss dem Käufer sagen: was wünschst du für Appoints? ich werde sie dir zur Verfügung stellen — und das ist auch geschehen. Ich weiß, dass man bei der Subscription ausdrücklich gesagt hat, jeder Subscribent soll sagen, was für Appoints er wünscht, und es wird diesem Wunsche Rechnung getragen werden; dadurch haben wir erfahren, was gewünscht wird. Wenn wir aber wirklich, wie uns zugemuthet wird, die Vertreter des Großcapitales wären, so wäre es ja ganz zweckmäßig, diese kleinen Appoints nicht so zusammenzulegen und einzuschmelzen, denn dann würden die jetzt im Umlaufe befindlichen großen Stücke den Wert der besonderen Vorliebe, das pretium affectionis, gewinnen und diese Banquiers würden nicht, wie der Herr Bürgermeister meint, 30 bis 40 kr., sondern 1 bis 2 fl. per 100 Differenz zwischen 50 und 1000 Kronen per Appoints gewinnen. Ich glaube sogar, auch sagen zu können, dass diese Summe zu kleinen Appoints überhaupt nicht zu einem anständigen Course einbringlich ist, und wir also in Verlegenheit kommen würden. Ich bitte Sie daher, nach wie vor die Anträge des Stadtrathes anzunehmen, weil, wenn sie abgelehnt würden, der Gemeinde ein empfindlicher Nachtheil zugefügt würde.

Gem.-Rath Purschke: Meine Herren! Sie haben den ersten Beschluss gefasst und ich glaube, Sie sollen auch dabei bleiben. Es ist nicht ganz richtig, wie der Herr Referent sagt, dass es besser sei, große Appoints auszugeben, denn dem kleinen Publicum werden dann die Papiere nicht zugeführt werden. Wir als Vertreter der kleinen Leute müssen diesem Antrage entschieden entgegentreten, denn wir sind nicht da für die Börsespeculanten, sondern nur für das kleine Publicum, und ich glaube auch, nachdem die Papiere schon angefertigt sind, soll man sie so begeben, wie sie vorhanden sind. Ich bin auch überzeugt, dass jeder, der heute ein Stück zu 1000 Kronen will, sehr gerne 10 Titres à 100 Kronen nehmen wird. (Referent: O nein!) Gewiss wird er sie nehmen. Aber meine Herren, es ist auch früher unsere Intention gewesen, dem kleineren Publicum die Papiere zuzuführen; Sie haben auch gesehen, dass die 23 Millionen in sehr kurzer Zeit begeben wurden, und ich bin überzeugt, dass die restlichen 12 Millionen gewiss auch sehr schnell begeben werden können. Wenn der Herr Referent sagt, dass bei den Papieren die Banquiers dann eventuell 3 bis 4 fl. mehr verlangen würden, so weise ich darauf hin, dass bei den Staatspapieren die Differenz bei den kleineren Titres nicht 3 bis 4 fl. ist. Es wird überhaupt die Abgabe viel leichter bei kleineren Titres sein als bei großen. (Referent: Nein!)

Es hat der Herr Referent — er möge mir verzeihen — immer den Großcapitalisten im Auge (Gem.-Rath Hawranek: Weil er selber einer ist!), und ich will Ihnen da nur eine kleine Begebenheit aus unserer Sparcassa erzählen. Wie der Director ihm gesagt hat, dass für kleine Beträge ein größerer Zinsfuß gegeben werden solle, hat er erklärt, das sei nicht nothwendig, Sie haben nur kleinere Beträge zu rechnen, die großen Beträge lassen Sie einfach den Banken über! Es ist dies der triftigste Beweis, dass der Herr Referent immer mehr für die Banken als für die Allgemeinheit des Volkes ist. (Widerspruch rechts.) Ich bitte sehr. Sie sollen sich überhaupt consequent bleiben. Aus Ihrer Mitte hat sich ja eine kleine Partei gebildet, die Socialreformer, und wenn diese heute zeigen wollen, dass sie wirklich Socialreformer sind, so nehmen Sie den Antrag nicht an. Das sage ich Ihnen.

Gem.-Rath Tomola: Meine sehr geehrten Herren! Am Tage nach der Begebung des Anlehens schrieb der localpatriotische Leitartikler des Szeps: „Wien ist gut." Wien ist gut, dachte sich wohl mancher; man musste ja zu dieser Ansicht kommen, nachdem das Anlehen um mehr als die Hälfte überzeichnet worden ist.

In dem Leitartikel wird selbstverständlich die Opposition verrissen, welche immer und immer wieder behauptet, dass die große Menge des Volkes in Wien verarmt sei und dass sich niemand mehr finde, welcher der Stadt sein Geld anvertraut. Wien ist also gut, so schrieb das Szepserne. Nun zeigt sich das Gegentheil. Es zeigt sich, dass Sie anfangs 97.000 Appoints ausgeben wollten, während Sie heute genöthigt sind, bloß 42.500 auszugeben. Wenn man die Ziffern von heute mit den ursprünglichen vergleicht, so erscheint die heutige Tabelle wie eine Armee von Officieren ohne Soldaten, lauter große Ziffern, die kleinen sind verschwunden, sind eliminiert.

Es ergibt sich zweierlei: Entweder hat die große Menge der Bevölkerung kein Geld, um etwas zu zeichnen, oder sie hat kein Vertrauen; vielleicht trifft beides zu, aber eines allein wäre schon schlimm genug.

Ich meine auch, es sind bei der Veranstaltung der Subscription Fehler geschehen. Meiner Ansicht nach war es nicht richtig, bloß sechs Stunden für die Zeichnung zu bestimmen. Während dieser sechs Stunden haben viele der kleinen Leute ja gar nicht Zeit, in die Bureaux zu gehen und dort ihre Beträge

zu zeichnen. Wenn man wirklich auf das kleine Volk gerechnet hätte, so hätte man einen Sonntag nehmen müssen, einen freien Tag, man hätte vielleicht eine ganze Woche lang die Papiere auflegen müssen, dann wären kleine Beträge auch gezeichnet worden. Ich bin überzeugt, dass noch so viel Geld unter den Leuten ist, dass sich auch genügend viele Leute, 50.000 und mehr gefunden hätten, um die zuerst beabsichtigten Antheilscheine zu nehmen. Es ist nicht geschehen, so dass jetzt nichts anderes übrigbleibt, als die kleinen Antheilscheine in größere umzuwandeln; das sehe ich sehr gut ein. Aber das eine constatiere ich, dass auf Grund dieser Subscription Wien nicht so gut ist; gut sind bloß diejenigen, welche das viele Geld in Händen haben.

Diese Subscription zeigt drastisch und deutlich, was wir immer gesagt haben, dass unter dem Volke kein Geld und kein Vertrauen zur heutigen Gemeindewirtschaft vorhanden ist.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Man will hier brüderlich theilen. Das erstemal hat man gesagt, die kleinen Leute, die um 50, um 10 fl. kaufen, sollen zusammen 10 Millionen in die Hand bekommen. Heute macht man es noch schöner: sie sollen nur 3 Millionen in die Hand bekommen. Das ganze sieht so aus, als wenn man mit aller Macht die 4percentigen guten Papiere den Großcapitalisten zuschieben will.

Der Herr Bürgermeister hat gesagt, dass man die kleinen Papiere nicht anbringe. Das hat Herr College Grünbeck schon widerlegt. Hätte man gleich bei der Subscription gesagt: soundsoviel Papiere zu 1000, soundsoviel zu 100, soundsoviel zu 10 fl., so wären sie weg gewesen.

Der Herr Bürgermeister hat gesagt, der kleine Mann geht zur Sparcassa und legt dort seine Gulden und Kreuzer an. Das ist richtig; aber dort bekommt er nur 3·6 Percent, während er hier 4 Percent bekäme. Sie wollen, nachdem Sie es in lauter große Papiere umwandeln wollen, diese fetten 4 Percent den Großen zuschanzen und die Kleinen sollen mit 3·6 Percent vorlieb nehmen. (Zustimmung links.) Das ist keine Ausrede. Der Herr Referent sagt: die Ware nach dem Wunsche des Käufers. Ja, ist denn das eine Tischlerei, dass man 9zöllige oder 10zöllige Pfosten verlangen kann? Das ist auch kein kleines Papier zu 500 Kronen, das sind 250 fl.; für das andere zu 100 und zu 50 fl. will er nur 3 Millionen geben. Das sind also 3 Millionen für das kleine Volk und 32 Millionen für die reichen Herren. Also, man will mit aller Macht alles nur den Großen zuschanzen und zuschummeln, und dagegen müssen wir protestieren. Der Mensch, der spart, der kauft sich ein Communalpapier um 50 fl., er wird sich nicht ein Türken- oder Serbenlos kaufen, die er später nach dem Gewichte beim Greißler verkaufen kann. Darum erkläre ich, dass diese ganze Manipulation nichts anderes ist, als eine Verkürzung der armen Leute und eine Inschutznahme des Großcapitales. Dagegen protestiere ich.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Ich glaube, dass auch Sie mit mir der Anschauung sind, dass wir bei diesem Referate eine solche Debatte nicht erwartet haben. Man kann ruhig sagen, dass diese Debatte völlig überflüssig war. Es ist für uns, für die Gemeinde Wien ganz gleichgiltig, ob bei dieser Anleihe kleine oder große Appoints hinausgegeben werden (Gem.-Rath Jedlička: Ist nicht wahr!), und nun sagen Sie, es wird auf die kleinen Leute nicht Rücksicht genommen. Da muss ich Sie an folgendes erinnern: Als über die 35-Millionen-Anleihe das erstemal hier gesprochen worden ist, haben Sie den Wunsch geäußert, dass nur recht viele kleine Appoints herausgegeben werden und diesem Ihrem Wunsche Rechnung getragen werde. (Referent: Leider!) Ihr Wunsch ist erfüllt worden, und sehen Sie, das Publicum thut nicht, was Sie erwartet haben. (Zwischenrufe links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, Zwischenrufe zu unterlassen.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Können wir dafür, dass das Publicum nicht kommt? Sehen Sie, wenn jemand 1000 Kronen zeichnet, kann man ihm nicht zehn Stück à 100 geben. Er will sie nicht. Er sagt: Ich will ein Papier und nicht zehn Stück haben. Nun muss ich Ihnen folgendes sagen: Mich wundert es nicht, wenn die kleinen Leute nicht kommen. Erstens passt es ihnen nicht, sie gehen, wie der Herr Bürgermeister hervorgehoben hat, lieber in die Sparcassa, und wenn sie das nicht wollen, so können sie ja auch österreichische 100 fl.-Rente kaufen, die ist ebenso gut, vielleicht besser, als dieses communale Papier. Sie brauchen sich wegen der kleinen Leute den Kopf nicht zu zerbrechen. Wenn sie überhaupt Geld haben, so werden sie es auch ohne dieses Papier gut anzulegen wissen. Und dann möchte ich fragen: Wie sollen sich diese Leute um dieses unser Papier reißen? Sie, meine Herren (zur Linken gewendet), sagen ja bei jeder Budgetdebatte, dass die Gemeinde Wien in Concurs kommt. Wahrscheinlich werden wir das bei der nächsten Debatte wieder hören, und da wünschen Sie, dass die kleinen Leute zu uns kommen. Sie kommen aber nicht — vielleicht kommen sie später, es ist möglich, vielleicht kommen sie, wenn Sie einmal am Ruder sind. Ich will sie nicht länger aufhalten. Ich glaube, es war jedes Wort überflüssig, das in dieser Richtung gesprochen worden ist.

Ich bitte Sie, den Antrag des Herrn Referenten anzunehmen.

Referent: Die erste Subscription, welche die Gemeinde Wien in eigener Regie gemacht hat, ist vollkommen gelungen, man konnte mit dem Ergebnis derselben vollkommen zufrieden sein. Umsomehr muss es überraschen, dass man heute, wenn wir auf demselben Wege fortschreiten wollen, dem Publicum, welches künftig unsere Obligationen nehmen wird, wieder die Bequemlichkeit zu bieten, dass es sich die Appoints aussuchen und diejenigen haben kann, welche es verlangt, gegen diesen Antrag Front macht. Es ist gesagt worden, es sei das eine Verkürzung der armen Leute, wir wollten den armen Leuten unsere guten Papiere nicht geben. Diese armen Leute sollen nur herkommen! Freilich hat schon Nestroy gesagt: „Das ist ein großes Unglück, dass die armen Leute leider kein Geld haben." Wenn die armen Leute nicht kommen und nichts einzahlen, so können wir ihnen die Obligationen nicht geben. Es ist jeder feierlich eingeladen worden, zu subscribieren, und wenn Tausende gekommen wären und Obligationen à 100 Kronen verlangt hätten, so hätten sie sie bekommen. Sie sind aber nicht gekommen.

Nun haben wir in unserem gegenwärtigen Vorrathe, der elf Millionen Kronen beträgt, neuneinhalb Millionen kleine Appoints, d. i. eine verhältnismäßig große Summe, so dass wir in große Verlegenheit kommen würden, wenn wir an diejenigen, die Geld haben, uns damit wenden würden, dass sie uns diese Titres abnehmen. Alle öffentlichen Cassen, auch die Sparcassen haben es abgelehnt, so kleine Titres in größeren Beträgen zu beziehen. Wenn Sie also, meine Herren, nicht den Schaden der Gemeinde und der Gemeinde nicht Schwierigkeiten bereiten wollen, so bitte ich Sie, diesen Anträgen zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Herren Gemeinderäthe, sich auf die Plätze zu begeben, damit die Zählung vorgenommen werden kann. (Nach erfolgter Zählung:) Nachdem nicht 92 Herren Gemeinderäthe anwesend sind, so kann die Abstimmung in der heutigen Sitzung nicht vorgenommen werden. Dieselbe wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

27. (234.) **Referent Gem.-Rath Mayer:** Herr College Steiner hat einen Antrag gestellt, es sei die Stadtbauamts-Abtheilung des XIX. Bezirkes zu beauftragen, ehestens wegen Instandsetzung der Wege nach dem Leopoldsberge das Geeignete zu veranlassen. Das ist geschehen. Es hat sich aber herausgestellt, dass der sogenannte Touristenweg über die Nase nach dem Leopoldsberge, der vom Österreichischen Touristenclub hergestellt wurde, nicht communaler Grund, sondern Eigenthum des Chorherrenstiftes Klosterneuburg ist, dass also die Gemeinde nicht die Verpflichtung hat, diesen Weg auf ihre Kosten in gutem Zustande zu erhalten. Damit jedoch der Touristenclub für seine Bemühungen eine Entschädigung von Seite der Gemeinde hat, so wird der Antrag gestellt, es möge dem Touristenclub als Beitrag für die Erhaltung dieses Weges für die nächsten drei Jahre je ein Betrag von 50 fl. gegeben werden.

Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Nachdem keine Einwendung gegen den Antrag erhoben wird, so erkläre ich denselben für angenommen.

Beschluss: Zur Erhaltung des Touristenweges auf dem Leopoldsberge wird dem Österr. Touristenclub ein specieller Beitrag von jährlich 50 fl. auf drei Jahre gewährt.

28. (9270.) **Referent Gem.-Rath Mayer:** Weiters habe ich die Ehre, für den abwesenden Collegen Baugoin ein Referat zu erstatten. Die Herren wissen, dass der Central-Friedhof, so ausgedehnt er auch ist, längst zu klein geworden ist, und dass man ihn successive vergrößern muss. An den heutigen Bestand des Friedhofes grenzt nun die städt. Baumschule; deren Area soll auch einbezogen werden. Von dem ursprünglichen Ausmaße von ungefähr 17 Joch weist sie heute nur 12 Joch belegbaren Grundes auf. Es hat sich nun sowohl das Bauamt, als der Magistrat und der Stadtgärtner bemüht, einen anderen passenden Platz ausfindig zu machen, auf welchem die neu zu errichtende Baumschule errichtet werden könnte, und von allen vorgeschlagenen Gründen hat sich ein in der Nähe befindlicher Grundcomplex von 27 Joch 1342 □° gefunden, der Eigenthum des Bürgerspitalfondes ist und unter dem Namen „Himmelreich" im Grundbuche eingetragen ist. Auf diesem Grunde sind heute 15 Pächter des Bürgerspitalfondes, die in Summa den Betrag von 3138 fl. zahlen, was beiläufig dem Werte von 7 kr. per Quadratklafter pro Jahr als Pachtzins entspricht; der Pachtvertrag läuft schon am 1. November des Jahres 1895 ab. Es soll nun von dieser Zeit ab dieses „Himmelreich" so hergerichtet werden, dass dort die zukünftige städtische Baumschule errichtet werden kann. Bei dieser Gelegenheit ist es nothwendig zu erwähnen, dass durch die Einbeziehung der Vororte zur Stadt den Bedürfnissen bezüglich der Anlage von Alleen ꝛc. längst nicht mehr entsprochen werden kann. Während vor der Einbeziehung für 5000 bis 6000 fl. Hölzer der Baumschule entnommen wurden, werden jetzt solche für 12- bis 13.000 fl. benöthigt; im Jahre 1892 wurden sogar solche für 16.000 fl. entnommen. Der Wert der heute noch stehenden Hölzer reduciert sich auf den Betrag von 32.000 fl. Wenn Sie durchschnittlich nehmen, dass der Baum, bis er ausgesetzt werden kann, fünf, sechs, auch sieben Jahre benöthigt, so ist die Rechnung sehr einfach, dass man nicht auskommt. In großem Maßstabe soll auf dem neuen Areale das nöthige angelegt werden, damit man in absehbarer Zeit nicht genöthigt ist, Bäume anzukaufen.

Daher wird Ihnen der Antrag gestellt (liest:)

„1. Der dem Wiener Bürgerspitalsfonde gehörige Grundcomplex in Kaiser-Ebersdorf im XI. Gemeindebezirke, genannt „Himmelreich", umfassend die Cat.-Parc. 673/1 bis 18, im Ausmaße von 27 Joch 1342 □° = 160.202 m^2, wird zum Zwecke der Errichtung einer städtischen Baumschule vom 1. November 1895 an auf unbestimmte Zeitdauer von der Gemeinde Wien in Bestand genommen.

2. Der Bestandzins wird mit 8 kr. für die Quadratklafter pro Jahr bestimmt, daher insgesammt als Jahrespachtschilling der Betrag von 3565 fl. 36 kr. entfällt. Derselbe ist in zwei halbjährigen Anticipativraten am 1. November und 1. Mai zu entrichten und als wiederkehrende Auslage budgetmäßig sicherzustellen."

Gem.-Rath Bärtl: Ich bin nicht gegen den Referenten-Antrag, allein ich weiß nicht, ob in dem Referate für diese 15 Pächter irgendwie Vorsorge getroffen worden ist. Es ist doch für diese Leute bitter, dass sie wieder weiter hinausrücken müssen. Ich hätte gern gesehen, wenn im Referate für diese 15 Pächter Vorsorge getroffen worden wäre, dass man ihnen anderweitig einen Platz verschafft hätte, damit sie und eventuell ihre Familien nicht so plötzlich arbeitslos werden. Es ist jetzt nicht das erstemal, dass sie immer mehr hinausgedrängt werden, sondern das ist schon seit einer Reihe von Jahren öfters geschehen. Ich habe nur deshalb das Wort ergriffen, um einerseits den Herrn Referenten zu fragen, ob für diese 15 Pächter bereits irgendwelche Vorsorge getroffen wurde und ob sie noch irgendeinen Grund haben, und damit es andererseits nicht heißt, dass sich für diese 15 Pächter kein Gemeinderath gefunden hat, der sich ihrer angenommen hätte.

Ich sehe ein, dass dort, wo sie jetzt ist, keine Baumschule bestehen kann; das hätte man schon vor vielen Jahren wissen müssen. Vielleicht aber kann mir der Herr Referent bezüglich der Schadloshaltung dieser 15 Pächter eine beruhigende Auskunft ertheilen.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich weiß nicht, ob dem unmittelbaren Herrn Vorredner bekannt ist, dass diese 15 Pächter auch wirklich Familienväter sind. Nun aber, selbst wenn das der Fall wäre, so muss man sagen, das Hinausdrängen, das Zurückdrängen der Gärtner ist eine natürliche Folge der Vergrößerung Wiens. Da kann man leider nichts machen. Diese 15 Pächter haben wahrscheinlich jeder ein kleines Grundstück und es ist vielleicht für den einen oder anderen bedauerlich, aber da kann die Gemeinde leider nichts thun. Das sind Pächter, und wenn der Pachtvertrag aufhört und ein so wichtiger Zweck für einen Grund vorhanden ist, wie er hier gegeben ist, so kann die Gemeinde Wien selbstverständlich keine Rücksicht darauf nehmen, es wäre denn, dass der eine oder der andere dieser Pächter sehr stark geschädigt würde. Dann weiß er ja, was er zu thun hat, und wird eine Vorstellung an den Gemeinderath richten. Das ist aber nicht unsere Sache, sondern Sache des betreffenden Pächters. Alle Herren, welche hier im Gemeinderathe sitzen, wissen, dass die Gemeinde Wien derartigen Personen gewiss niemals unrecht gethan hat. Wenn also dem einen oder anderen wirklich in solcher Weise unrecht geschieht, so wird er ja wissen, wohin er sich zu wenden hat. Ich begrüße

es mit großem Vergnügen, dass man endlich darangeht, eine Baumschule größeren Stiles zu errichten, wie wir sie ja brauchen. Es wird das erste Studium des von uns neu angestellten Stadtgarten-Inspectors sein, und ich wünsche, dass er sich mit dieser Angelegenheit recht eingehend befasse, damit wenigstens der neue Stadtgarten-Inspector gleich ein neues Feld seiner Thätigkeit vorfindet. Im übrigen empfehle ich Ihnen die Anträge des Referenten.

Gem.-Rath Koch: Ich möchte mich den Anträgen des Herrn Vorredners Bärtl anschließen und hätte nur, da ich aus demselben Bezirke bin, dasselbe vorzubringen. Ich meine jedoch, es wäre sehr schwer, sofort eine Entschädigung auszusprechen. Die Leute haben dort Hütten und Brunnen angelegt. Das muss nach meiner Ansicht erst erhoben werden. Der eine hat mehr, der andere weniger angelegt. Ich bin vollkommen überzeugt oder will wenigstens die Hoffnung aussprechen, wenn die fünfzehn der Kündigung wegen an die Commune um Entschädigung sich wenden, dass sie etwas bekommen. Die Leute haben den Grund durch 12, 15 Jahre fruchtbar gemacht, seit einigen Jahren kam eine strengere Clausel bezüglich der Kündigung hinein. Früher waren alle Verträge immer von 6 zu 6 Jahren und halbjährige Kündigung. Der Betreffende ist genau durch 5 Jahre gebunden, die Gründe von der Commune zu halten. Wie es jetzt ist, wird er in einem halben Jahre hinausgedrängt. Die Sache ist schwierig; ich würde bitten, dass die Herren, wenn der Antrag auf Entschädigung dieser fünfzehn kommt, zuzustimmen.

Gem.-Rath Purscht: Ich wäre der Meinung gewesen, dass man aus Rücksicht für die Leute, die ja Familienväter sind, sich früher mit ihnen ins Einvernehmen hätte setzen sollen und ihnen eine Entschädigung anbietet. Wenn beschlossen wird, dass dort eine Baumschule errichtet wird und die Leute hereinkommen und hier gewissermaßen Bittgesuche einreichen, dann werden sie nicht mehr viel Entschädigung bekommen. Meine Herren! Es ist viel wichtiger, dass man sich früher mit den 15 Leuten ins Einvernehmen setzt und Ihnen eine Entschädigung anbietet und dann erst eine Baumschule errichtet. Ich stelle daher den Antrag, dass dieses Referat heute zurückgewiesen wird.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Es ist niemand mehr zum Worte vorgemerkt, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich kann die Herren beruhigen und dem Herrn Gem.-Rathe Bärtl, der die Verhältnisse von früher kennt, sagen: es ist nicht eine Kündigung, die stattfindet, sondern der Pachtvertrag läuft am 1. November 1895 ab, er braucht einfach nicht erneuert zu werden. Davon sollen die Pächter in ihrem Interesse jetzt schon verständigt werden. Es wäre inhuman, ihnen erst zuletzt zu sagen, wir erneuern den Vertrag nicht. Man sagt es ihnen jetzt, damit sie ihre Vorkehrungen treffen können, mit den Anpflanzungen nicht in dem Maße vorzugehen als sonst, wenn der Pachtvertrag erneuert wird. Das ist das eine. Es ist ferner selbstverständlich, dass das Referat mit der Entschädigung und eventuell mit der Anweisung anderer den bisherigen Pächtern günstiger gelegenen Plätzen sich beschäftigt hat. Es ist aber nicht Sache dieses Referates, dies hier öffentlich auszusprechen. Selbstverständlich aber hat sich das Referat eingehend damit beschäftigt und nennt bereits jene Plätze in der nächsten Nähe, wo ein genügender, größerer Raum ist — Ober-Neuriesen heißt es, wenn es die Herren wissen wollen — wo die Pächter einen neuen Pacht erstehen können und für eine lange Reihe von Jahren ihrem Gewerbe nachgehen können.

Es ist selbstverständlich — und die Gemeinde braucht es nicht zu betonen, denn es ist in ihrer Gewohnheit und Gepflogenheit gelegen — dass all jener Aufwand, der durch die Anbauten, die die Leute gemacht haben, durch Dünger, das lange Misten &c., wodurch eine Verbesserung des Bodens hervorgebracht wurde, den Leuten auf Grund einer Abschätzung vergütet werde. Sie haben Hütten und Brunnen gebaut &c., all das der Gemeinde passende wird abgelöst werden. Es fällt uns nicht ein, ihnen einen Schaden zuzufügen, denn es trifft sie hart, wenn die Gemeinde sagen muss, jetzt brauchen wir die Gründe selbst. Aber es geht nicht anders. Was gesagt wurde von den sechs Jahren, so war das immer so. Es wurde die Sache immer von sechs zu sechs Jahren vergeben. Ich bitte daher, dem Antrage zuzustimmen, weil er in jeder Weise gerechtfertigt ist.

Gem.-Rath Trambauer (zur Berichtigung): Ich habe mich sofort gemeldet, als dem Referenten das Schlusswort ertheilt wurde. Ich berichtige thatsächlich, dass, wenn per Quadratklafter 8 kr. gezahlt werden, der Pachtzins per Joch 120 fl. ausmachen würde, ein Betrag, den niemand leisten kann als ein Gärtner. Es wäre auch viel besser gewesen, man hätte sich außerhalb Schwechats um einen Grund umgesehen. Dort hätte man leicht einen Grund um 500 fl. bekommen, und man hätte dem Gärtner die Sache nicht verleidet.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, das ist Debatte, aber keine Berichtigung.

Gem.-Rath Trambauer: Ich muss doch meiner Meinung Ausdruck geben, weil der Herr Vice-Bürgermeister mir das Wort nicht ertheilte, als ich mich zum Worte gemeldet habe.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Im Momente, da ich erklärte, dass niemand mehr zum Worte gemeldet sei, war mir eben der Wunsch des Herrn Gemeinderathes nicht bekannt. Ich bitte, sich also rechtzeitig zu melden.

Wir schreiten zur Abstimmung. Jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Rufe links: Was ist's mit der Zurückweisung?) Das ist die einfache Negation, die Abweisung, die kann ich nicht zur Abstimmung bringen.

Beschluss: 1. Der dem Wiener Bürgerspitalsfonde gehörige Grundcomplex in Kaiser-Ebersdorf im XI. Gemeindebezirke, genannt „Himmelreich", umfassend die Cat.-Z. 673/1 bis 18, im Ausmaße von 27 Joch 1342 □° = 160.202 m², wird zum Zwecke der Errichtung einer städtischen Baumschule vom 1. November 1895 an auf unbestimmte Zeitdauer von der Gemeinde Wien in Bestand genommen.

2. Der Bestandzins wird mit acht Kreuzern für die Quadratklafter pro Jahr bestimmt, daher insgesammt als Jahrespachtschilling der Betrag von 3563 fl. 36 kr. entfällt. Derselbe ist in zwei halbjährigen Anticipativraten am 1. November und 1. Mai zu entrichten und als wiederkehrende Auslage budgetmäßig sicherzustellen.

29. Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wir haben auf der heutigen Tagesordnung eine Anzahl von Wahlen, und zwar von sechs Mitglieder in die Lagerhaus-Commission, eines in das Curatorium des Museums und von zwei Mitgliedern in die Baudeputation.

Ich bitte um die Verlesung der Namen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Kaiser geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab. — Nach erfolgter Stimmenabgabe:)

Ich bitte zum Referate Herrn Gem.-Rath Witzelsberger.

30. (298.) **Referent Gem.-Rath Witzelsberger:** Ich habe die Ehre, zu referieren über die Errichtung eines Schöpfwerkes in der Friedrichsgasse im XV. Bezirke. Diese Friedrichsgasse ist eine ganz neueröffnete Straße. In dieser Straße befindet sich der ehemalige Brauhausbrunnen, der sehr wasserhältig ist. Der Besitzer der Parcelle wurde bei Eröffnung der Straße beauftragt, diesen Brunnen nicht zu verschütten, damit eben Wasser daraus entnommen werden könne. Aus dem Brunnen können nach den neuesten Messungen pro Tag 660 hl Wasser entnommen werden. Es ist daher sehr nothwendig, nachdem es uns ohnedies an Nutzwasser fehlt, dass die Gemeinde dieses Wasser zum Zwecke der Bespritzung zur Verfügung bekommt.

Es wird daher seitens des Stadtrathes der Antrag gestellt (liest):

„Das vorliegende Project mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 8000 fl. zu genehmigen und vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Localcommission die Baubewilligung zu ertheilen."

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall; ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluss: Das vorliegende Project für die Errichtung eines Schöpfwerkes in der Friedrichsgasse an der Ecke der Zwölfergasse im XV. Bezirke wird mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 8000 fl. genehmigt und vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Localcommission die Baubewilligung ertheilt.

31. (499.) **Referent Gem.-Rath Schneiderhan:** Ich habe die Ehre, zu referieren über Anträge, betreffend Vergütung von Überstunden für das Straßensäuberungs-Personale im I. Bezirke. Die Herren haben für zwei Kategorien bereits solche Zahlungen für Überstunden bewilligt; es hat sich aber bei der Durchführung der Straßensäuberung gezeigt, dass das sämmtliche Personale zeitweise Überstunden machen muss, z. B. gelegentlich von Schneefällen bei der Schneesäuberung.

Es wird daher beantragt:

„Folgende bei der Stadtsäuberung im I. Bezirke beschäftigte Individuen, nämlich:

1. der Kanzleidiener . . . mit dem Taglohne von 1 fl. 60 kr.
2. die Zeugwartgehilfen . „ „ „ „ 1 fl. 60 kr.
3. die Platzwächter . . . „ „ „ „ 1 fl. 40 kr.
4. die Stallburschen . . . „ „ „ „ 1 fl. 10 kr.
5. die Vorarbeiter . . . . „ „ „ „ 1 fl. 40 kr.
6. die Partieführer . . . „ „ „ „ 1 fl. 60 kr.
7. die Planierer . . . . „ „ „ „ 1 fl. 20 kr.

haben für jede bei Tage geleistete Überstunde eine Vergütung von 10 Percent des Taglohnes und für jede bei Nacht geleistete Überstunde eine Vergütung von 15 Percent des Taglohnes zu erhalten; endlich haben

8. die bei der Hauskehrichteinsammlung verwendeten beiden Arbeiter in dem Falle, als außer den normierten Sammelwägen noch ein Aushilfswagen zur Verwendung kommt, eine Vergütung für je zwei Überstunden im Betrage von je 10 kr. pro Überstunde zu erhalten."

Ich bitte um Annahme dieser Anträge, nachdem damit für sämmtliche Kategorien der Bediensteten, falls sie Überstunden zu leisten haben, die Bezahlung unter einem festgesetzt werde.

Gem.-Rath Purscht: Ich bin nicht gegen den Antrag; das muss ich gleich anfangs erklären. Ich möchte aber den Herrn Referenten nur fragen, ob es ihm bekannt ist, dass bei der Kehrichteinsammlung in der Stadt von einem Herrn 1 fl. 50 kr. bis 3 fl. pro Monat von den betreffenden Hauseigenthümern eingesammelt werden.

Es haben bis heute die Arbeiter diese Arbeit verrichtet und dafür ein kleines Trinkgeld bekommen. Die Sache wurde dann von einem Herrn, ich nenne ihn auch hier, weil die Sache auf Wahrheit beruht, von einem Juden namens Eckstein übernommen. Der hat die Sache ganz in Regie übernommen, bekommt für jedes Haus monatlich 1 fl. 50 kr. bis 3 fl. und verwendet acht Arbeiter dazu. Diese Zustände werden dahin führen, dass wir mit der Straßensäuberung jedenfalls draufzahlen, dass wieder dieselben Leute die Sache haben, wie bei der Transport-Gesellschaft. Es dürfen solche Übelstände unter keinen Umständen vorkommen. Ich möchte daher das Präsidium aufmerksam machen, dass man diesen Zuständen fest an den Leib geht.

Ich will Ihnen noch erwähnen, dass durch diesen Herrn jene Arbeiter entlassen worden sind, welche die kleinen Trinkgelder genommen haben.

Also unsere Arbeiter hat man entlassen und durch den betreffenden Herrn wurden andere Arbeiter angestellt. Solche Zustände dürfen bei uns absolut nicht einreißen. Ich möchte überhaupt den Herrn Referenten fragen, wer die Arbeiter aufnimmt? Wenn das der Magistrat thut, so finde ich das eigentlich nicht ganz richtig. Wenn aber jemand die Leute aufnimmt, der die Arbeiter beurtheilen kann, dann ist es richtig. Denn mir ist es vorgekommen, dass jemand gesagt hat, bei schweren Fuhrwerken werden Leute aufgestellt, welche damit nicht umgehen können. Man hat mir erklärt, dass Kutscher, die das schwere Fuhrwerk über haben, eine gewisse Praxis haben sollen, während heute Leute angestellt werden, die wie Gigerln mit Cigaretten im Munde oben sitzen und mit unserem Fuhrwerke fahren. Es muss immer darauf Rücksicht genommen werden, dass solche Leute angestellt werden, die überhaupt sich zu derartigen Arbeiten eignen. Es sind noch andere Zustände, die ich mir später anzuführen erlauben werde. Bezüglich der Straßensäuberung in eigener Regie sieht es unter diesem Regime trostlos für die Gemeinde aus, das kann ich Ihnen sagen.

Gem.-Rath Steiner: Ich will mich heute kurz fassen, weil ich glaube, dass der Herr Bürgermeister doch die Güte haben wird, das früher als sehr dringend bezeichnete Referat bezüglich der Verwertung des Kehrichts endlich auf die Tagesordnung zu stellen. Ich glaube aber, dass der Herr Bürgermeister selbst, welcher sich immer energisch gegen den Vorwurf verwahrt hat, dass es im Rathhause Factoren gibt, welche die eigene Regie discreditieren, heute vielleicht doch schon zugeben wird, dass, wenn so fortgewirtschaftet wird, weiter nichts mehr discreditiert zu werden braucht, weil schon alles discreditiert ist. Es ist die gesammte Bevölkerung darüber einig, wenn man sich die Verhältnisse im I. Bezirke betrachtet, dass es so nicht weitergehen kann und rasch Abhilfe getroffen werden muss.

Meine Herren! Haben Sie die Schneeverführung im I. Bezirke betrachtet? Wo zwei hingehören, sind zehn gestanden; wenn keine Schneewägen dort waren, haben sich die Leute gespielt und den Schnee von einer Seite auf die andere geworfen. Es war die reinste Komödie im I. Bezirke, das kann ich Sie versichern.

Bezüglich dessen, was Herr College Purscht erwähnt hat, dürfte ein kleiner Irrthum unterlaufen sein. Ich habe schon, als das erstemal hier das Referat erstattet worden ist, ein genaues Häuserverzeichnis zur Hand gehabt und genau darauf hingewiesen, wie viel der betreffende Contrahent und früher die Transport-Gesellschaft eingenommen hat für das Kehrichtheraustragen aus denjenigen Häusern, wo die Hausbesitzer mit Rücksicht auf die in den Morgenstunden herrschende Ruhe nicht wollen, dass geläutet wird. Das hat der Magistrat mit Genehmigung des Stadtrathes an einen gewissen Bienert um 9000 fl. verpachtet. (Hört! links.) Ist das richtig? Dieser Bienert hat die Arbeiter der Gemeinde Wien bezahlt, aber keinen Kreuzer Krankengeld oder Spitalskosten, und jetzt sind zufällig einige schwer erkrankt und bekommen keinen Kreuzer Krankengeld. Wie sollen die Leute mit ihrer Familie leben? Sie sind brotlos. Das sind sehr traurige Zustände. Ich werde den Herren, wenn die Kehrichtverwertung zur Verhandlung kommt, genau nachweisen, wie viel er einnimmt, dann werden wir auf denselben Standpunkt kommen und werden den geehrten Stadtrath und das geehrte Präsidium angreifen. Man hat auch der Transport-Gesellschaft die Wasserverführung in den Vororten auf fünf Jahre vergeben. Das ist auch so ein unerhörter Vorfall. Alles zeigt, dass man darauf dringt — ich wiederhole es heute wieder — die ganze Angelegenheit der Transport-Gesellschaft in die Hände zu spielen. Wenn Sie die ganze Action betrachten, wenn Sie erwägen, wie bei der Verwertung des Kehrichts vorgegangen wird, wie das verschleppt und die ganze Angelegenheit discreditiert wird, dann ist es zweifellos, dass eine Änderung im I. Bezirke herbeigeführt werden muss. Und wenn der Herr Bürgermeister vielleicht die Güte hat, meinen Antrag zu unterstützen, dann rathe ich ihm: Sehen Sie sich gefälligst um einen anderen Bezirksvorsteher um, der die Sache energischer und mehr im Interesse der Gemeinde führt als der gegenwärtige Bezirksvorsteher im I. Bezirke. (Beifall links.)

Gem.-Rath Eigner: Meine Herren! Dieser Gegenstand ist wirklich — ich habe keinen so bezeichnenden Ausdruck dafür. Wie die Straßen- und Schneereinigung, die Schneeverführung, die Leuteaufnahme, die Leuteeintheilung, die Schneewagen-Überwachung 2c. gehandhabt wird, das ist eine unerhörte Misswirtschaft, eine schlamperte Wirtschaft vom I. bis zum XIX. Bezirke. Alle angestellten Arbeiter und Wägen sind herrenlos. Wenn mir wenigstens jemand sagen könnte, wer der Chef ist, dann bin ich bereit, meine Ausführungen abzubrechen. Gelegentlich der Schneeverwehungen und der verschiedenen Vorfälle in diesem Winter bin ich zum Beispiel zum Magistratsrathe und zum Baurathe gegangen, um zu erfragen, wer der Chef ist. Der Magistratsrath hat gesagt, der Baurath ist der Chef; ich bin zum Baurathe gegangen, und der hat mir gesagt, der Magistratsrath ist der Chef; ein anderer wieder hat gesagt, der Bezirksvorsteher ist der Chef, und wenn Sie diesen fragen, so wird er Ihnen sagen: Ich bin nicht der Chef.

Nun sind an einem solchen Tage in allen 19 Bezirken 12- bis 14.000 Menschen und 2- bis 3000 Schneewägen beschäftigt — und so eine große Masse steht unter Leuten, die weder zu der Commune gehören, noch bei derselben angestellt sind. Das ganze Überwachungspersonal, ob es nun zu den Straßenkehrern oder Schneeschauflern gehört, ist aus diesen Straßenkehrern oder aus den Schneeschauflern herausgenommen, und wenn so ein Partieführer zu einem Arbeiter sagt: „Du, du musst arbeiten" oder „Warum gehst du ins Brantweinhäusel?" — so sagt ihm dieser — Sie entschuldigen den Ausdruck, den ich gebrauche (Rufe: Ist nicht nöthig!) — ich will den Ausdruck hier nicht vorbringen, aber so eine Antwort ist begreiflich, weil der Arbeiter vor dem Partieführer keine Achtung hat. Er entgegnet ihm gleich: „Du bist nicht mehr, als ich bin; du bist der, der ich bin." Er gebraucht aber auch andere Worte (Heiterkeit, Rufe: Wir wissen es schon!), ich will nur so durch die Blume sprechen. (Lebhafte Heiterkeit.) Das nennen Sie Überwachung! Die wirklichen Überwachungsorgane, die Straßenaufseher — Herr Bürgermeister, passen Sie nur auf (Heiterkeit) — sitzen in der betreffenden Bezirkskanzlei bei dem Bezirksvorsteher von 9 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und schreiben die Wochenlisten von den aufgenommenen Schneeschauflern und auch gleich die Bettellisten zur Vertheilung der Unterstützungsgelder (Gem.-Rath Hawranek: Wirtshaus!); ja dort auch, sie müssen ja frühstücken. In so einem Bezirke werden täglich 6- bis 700 Arbeiter und 100 Schneewägen angestellt, die von früh bis abends unter ihren Kameraden als Aufsehern stehen, also gleich herrenlos sind. Die Leute bekommen eine Schaufel, und manche gehen damit nach Hause oder ins Brantweinhäusel, und abends gehen sie sich ihren Lohn holen. Die Leute werden ja nicht aufgeschrieben, sondern sie werden aufgenommen und partienweise — wie der Schafhalter seine Schafe treibt — weggeschickt. Ob sie arbeiten oder nicht, das ist Nebensache. Das nennt man in Wien, in einer Hauptstadt, die 30- bis 40.000 fl. an einem solchen Tage ausgibt, eine Wirtschaft!

Als wenn es nichts kosten würde! Da heißt es: „Der Bezirksvorsteher!" Ja, meine Herren, der eine Bezirksvorsteher ist 60, der andere 75 Jahre alt, wie wir gehört haben nach dem Partezettel, wie er gestorben ist. (Lebhafte Heiterkeit.) Soll der in der Früh um 6 oder 7 Uhr sich hinausstellen, wenn es schneit und wettert, bei 6, 7° Kälte und Leute aufnehmen? Das können Sie nicht verlangen. Er kommt um 10 Uhr in die Kanzlei und geht um 12 Uhr weg. Das ist die Übersicht und seine Leistung, die er bei großen Schneefällen vollbringt, und diejenigen Aufseher, welche die Übersicht haben sollen, nehmen in der Früh die Leute auf und schicken sie weg, und wenn sie damit fertig sind, so schreiben sie in der Kanzlei die Liste. Das dauert bis 12 und 1 Uhr und dann gibt der Bezirksvorsteher dem Aufseher 1000 fl. oder 2000 fl. zum Wechseln. Der Aufseher geht wechseln. In einer Stunde kommt er zurück mit Kleingeld. Jetzt zählt und sortiert er u. s. w. Dann gibt er dem Aufseher das Geld. Der hebt es auf, ich weiß nicht wo, vielleicht trägt er es bei sich, vielleicht trägt er es nach Hause. Jetzt wird es 3, 4 Uhr. Er hat den ganzen Tag keinen Arbeiter und keinen Schneewagen gesehen. Beim Auszahlen bringt der Aufseher das Geld in der Tasche. Der Bezirksausschuss stellt sich hin und schaut, wie der Aufseher auszahlt.

Nun denken Sie sich das Aufschneiden der Schneefuhren. Wer schneidet auf? Ein aufgenommener fremder Mensch! Wer ist am Hauptplatze, wo der Schnee abgelagert wird? Niemand. Wenn dort wenigstens eine tüchtige, vom Magistrate angestellte Person wäre! Denn dort ist der Hauptplatz, dort wäre der richtige Überwachungsplatz, um die Schneefuhren zu controlieren. Der jetzt dort Beschäftigte bekümmert sich nicht um die Fuhre, ob gut aufgeladen, ob schlecht aufgeladen oder abgeladen ist.

Er hat eine Hütte in der Form einer gewöhnlichen Bauhütte, nur etwas kleiner. Diese hat ein Fensterl, aber nicht größer als dieser Sitz da. Er thut nichts als immer einschneiden. Ein Wagen steht da, ein anderer wieder dort, so dass er gar nicht übersehen kann, ob die Wägen auch wirklich abgeladen wurden. Zu ihm kommt aber nicht der betreffende Kutscher ansagen, sondern dieser hat wieder einen mit, der zum Aufschneider geht. Ich komme einmal hin und sage: „Da sollte doch eine Verordnung sein, dass jeder Kutscher vor der Hütte vorbeifahren muss, bevor er abladet! Warum geschieht das nicht?" Darauf sagt er: „Aber Herr Gemeinderath! Wenn ich was sage, da schmeißen sie mich ja in den Schnee!" (Heiterkeit.) Das sollte doch nicht so gehandhabt werden! Also eine solche Wirtschaft ist da!

Jetzt sagte ich zu ihm: „Warum schneiden Sie da in der inneren Hütte auf! Warum lassen Sie die Wägen nicht vor der Hütte vorbeifahren?" — „Ja, ich darf nichts reden," sagte er, „ich muss aufschneiden." Das nennt man eine Organisation! (Heiterkeit.) Wenn Sie mit dieser Misswirtschaft noch länger so fortfahren, dann muss die Commune Wien, und wenn sie noch soviel Federn hat, auf das Stroh herunterkommen, und nicht einmal Stroh wird sie mehr haben.

Wenn ein gewöhnlicher Geschäftsmann so fortwirtschaftet, wie da gewirtschaftet wird, so muss er zugrunde gehen, da ist keine Rettung vorhanden, die Flut muss ihn wegschwemmen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn Sie dann diese Wirtschaft mit dem Schneeabladen anschauen! Jeder ladet ab, wo er will: auf der Straße, der eine dahin, der andere dorthin. Wenn ein Schneeablagerungsplatz ausfindig gemacht wurde, wo der Schnee abgeladen werden soll, so müssen früher, ehe der Schnee hingeführt wird, Vorrichtungen getroffen werden. Es müssen Vertiefungen, Rinnen gemacht werden, wo die Wägen hineinfahren. Es muss dort jemand sein, dem sich jeder zu unterwerfen hat. Jeder muss dort hinfahren, wo der es ihm sagt. So aber sagt so ein Schneeschaufler: „Was, du willst mir was sagen?" — und gibt ihm einen gewissen Ausdruck (Heiterkeit) und so geht es weiter.

Herr Bürgermeister, ich will erwähnen, dass auf den Schneeabladeplätzen ein Organ, das von der Commune Wien angestellt ist, fungieren soll, und da will ich Organe namhaft machen, die in jedem Bezirke vorhanden sind, nämlich die Bauaufseher bei der Bauamtsabtheilung. (Zwischenruf.) Ich bitte, Herr St.-R. Dr. Klotzberg ....

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Ich bitte, die Apostrophierung einzelner Collegen zu unterlassen.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Diese Bauaufseher haben im Winter nichts zu thun, wenn sie keine schriftlichen Arbeiten haben. Einen Bau können sie ja bei dem Schneewetter nicht überwachen. Also man stelle Sie dorthin, und die werden sich dort schon etwas Respect verschaffen. Man wird wissen, dass der Betreffende bei der Commune angestellt ist, und die Commune Wien wird veranlassen, dass ein berittener Sicherheitswachmann dort ist. Wenn ein Kutscher den Anordnungen nicht folgt und mit der Schneeladung nicht dorthin fährt, wo er abladen soll, wird man mit dem Aufschneiden ein bisschen vorsichtiger sein.

Aber das geschieht nicht. Es wird ganz x-beliebig aufgeschnitten. Ein Bauunternehmer, ein Unternehmer einer Bahn oder sonstiger anderer größerer Bauten wird, wenn er jemandem das Aufschneiden übergibt, der das Material übernimmt, sich ganz genau anschauen, wer der Betreffende ist. Er wird sich erkundigen, wo er war, ob er ein ehrlicher, braver Mensch ist, ich will nicht sagen, dass die anderen nicht auch ehrlich sind, aber sie haben nicht die Gabe, als Aufseher und Aufschneider von so vielen Arbeitern sich Respect zu verschaffen. Schauen Sie sich einmal an, wie die Schneewägen beladen sind. Wenn Sie die Schneefuhren zusammenzählen, können Sie annehmen, dass ein drittel derselben zuviel ausbezahlt wird, die nicht ausbezahlt werden sollen. Es ist niemand da, wenn die Schneewägen aufgeladen werden. Die Bretter sind nicht in der richtigen Dimension, Höhe, Breite und Länge, vorne und rückwärts die Schuber zusammengestellt, sondern er stellt die Bretter nach Belieben ein. Diese Wägen fahren öffentlich vor den Amtsgebäuden, den Straßenaufsehern vorüber, und kein Mensch ist da, der das Recht hätte, zu sagen: du Kutscher, dir wird nicht aufgeschnitten. Der Kutscher fährt so fort, er weiß, dass dieser Schlendrian eingerissen ist, man kann ihm nichts machen. Er thut es mit Vorliebe. Und wenn man ihm etwas sagt, so können Sie hören, dass er fragt, wer hat denn da anzuschaffen? Grobheiten können Sie haben.

Herr Bürgermeister, solange nicht die Organisierung der Straßenreinigung, der Beschotterung, der Schneeverführung den Bezirksvorstehern weggenommen und die Sache als selbständiges Amt organisiert wird, geht es nicht. Eine Gasanstalt hat die Commune noch nicht, aber eine Beleuchtungs-Abtheilung im Bauamte, dessen Agenden sich nur darauf beziehen zu constatieren, dass in einem Locale soundsoviel Rohre oder Flammen angebracht werden. Dazu haben Sie beinahe ein ganzes Bauamt unten, einen Oberingenieur, einen Baurath u. s. w., und das ganze macht im Jahre vielleicht 50.000 fl., während die Summe für die Straßensäuberung nach Millionen geht. Das heißt wirklich, das Geld hinauswerfen.

Es wird von den Bezirksvorstehern gesprochen. Der ist zum Beispiel ein kleiner Hausherr, oder sagen wir, er ist ein Greisler, ein Schuhmacher (Rufe: Wahlmacher! — Heiterkeit), ein Tischlermeister, ein Schlossermeister. Sagen Sie mir, meine Herren, ist es denn möglich, mit diesen Leuten eine solche Organisation durchzuführen? Das ist nicht möglich, das können Sie von ihnen nicht verlangen. Wenn man sagt, was werden die Bezirksvorsteher sagen, so glaube ich, die Bezirksvorsteher werden, wenn man ihnen diese Last wegnimmt und die Sache so organisiert wie die Feuerwehr, froh sein und werden ein Dankschreiben an den Bürgermeister überreichen. Wenn das geschehen ist, wird man von den Bezirksvorstehern gar nichts mehr brauchen, die Organisation ist ganz fertig.

In jedem Bezirke sind zwei Straßenaufseher, man braucht da nichts dazuzugeben, als einen Straßen-Inspector. Geben Sie dem welchen Titel Sie wollen: Straßen-Inspector oder Oberaufseher.

Die Sache ist so durchzuführen: Nehmen wir an, es schneit und es wäre ein Unwetter. Ich bin Straßen-Inspector (Heiterkeit), N. und A. sind Aufseher. Nun schneit es. In der Früh müssen die Straßenaufseher, die Arbeiter dorthin kommen, wo ich meine Kanzlei habe, wo die Schaufeln und Werkzeuge ausgefolgt werden. Diese Leute müssen in Partien eingetheilt werden, zum Beispiel 1, 2, 3, 4, 5, 6, oder a, b, c, d, oder Wenzel, Berger, oder wie die Leute alle heißen. (Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Darf ich einen Augenblick bitten. Ich will Sie nicht in der Redefreiheit

beschränken, aber ich möchte mir doch erlauben, darauf aufmerksam zu machen, dass es sich jetzt um die Frage der Entlohnung der Überstunden handelt, und dass man daher nicht ganze Abhandlungen über einen ganz anderen Gegenstand halten darf. (Rufe links: Das ist sehr instructiv!)

Gem.-Rath Eigner: Ich bin gleich fertig, Herr Bürgermeister!

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Man kann ja sehr interessant reden, aber es geht nicht an, dass man bei einem Gegenstande ganz andere Fragen aufrollt, denn dann würde man überhaupt nie zu Ende kommen.

Gem.-Rath Eigner: Ich bin sofort fertig und will Sie nicht mehr lange belästigen. Ich will nur einen Punkt noch berühren: Also ich bin der Straßen-Inspector (Stürmische Heiterkeit) und zwei Herren sind die Straßenaufseher. Jetzt bekommt die Partie 1, bestehend aus sechs gewöhnlichen Straßenkehrern, eine Verstärkung von sechs Mann; aus denen wird der Partieführer herausgenommen und die anderen kriegen einen neuen, weil der mehr versteht. Aus der alten Partie wird ein besserer herausgenommen, der kriegt die alte Partie, und dann heißt es, ihr arbeitet von der Linie weg, ihr arbeitet herunten; stoßen die zwei Partien dann zusammen, so arbeitet die eine Partie in den Seitengassen rechts, die andere links.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich möchte Sie doch bitten, meinem Ersuchen Folge zu geben und nicht immer mehr vom Gegenstande des Referates abzuschweifen. Ich ersuche also, doch bei der Sache zu bleiben.

Gem.-Rath Eigner: Ich weiß nicht — wenn man Thatsachen rügt, die wirklich so bestehen und die nothwendig geändert werden müssen, wird man immer unterbrochen, man darf das hier nicht öffentlich sagen. Man soll nur immer Ja oder Nein sagen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Es ist meine Pflicht als Vorsitzender, dafür zu sorgen, dass zu dem Gegenstande gesprochen werde, der zum Referate steht.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Der Gegenstand gehört auch dazu, Herr Vice-Bürgermeister, ganz bestimmt. Es wird eine Partie Arbeiter um die andere fortgehen und diese Straßenaufseher werden mit den Partien sofort mitgehen. Wenn Sie es so einrichten, wie ich Ihnen sage, dann wird keine Partie ohne Aufsicht sein; der Mann wird dann alles übersehen, die Schneepflüge, die Arbeiter u. s. f., und wenn ich die Arbeiter alle aufgenommen habe und wenn sie bei der Arbeit sind, dann gehe ich selbst und controliere ich noch als Inspector. (Heiterkeit.) Finde ich etwas, was nicht richtig ist, so stelle ich es ab. Es ist auch diesen Straßenaufsehern eingeräumt, wenn sie Verbesserungen für nothwendig halten, diese vorzunehmen. So fahren z. B. in einem Bezirke sechs Schneepflüge den ganzen Tag herum. Wenn Sie das nur anschauen würden, Herr Vice-Bürgermeister. Kommen Sie einmal mit. (Heiterkeit.) Diese ganze Arbeit ist nicht einmal 10 fl. wert, und diese Schneepflüge kosten allein täglich 100 fl. Ich glaube, da kann man doch wohl etwas darüber sprechen. Dann ist es vorgekommen, dass Schneepflüge den ganzen Tag herumgefahren sind, wenn gar kein Schnee gefallen ist. Da kommen die Steuerträger zu einem und sagen: „Wozu sind Sie denn gewählt, warum schauen Sie sich nicht um?" Als ob ich das alles thun könnte; ich kann es nicht thun, denn ich habe nicht die Kraft dazu.

Bitte, lassen Sie mir einmal einen Bezirk über, übergeben Sie mir einen Bezirk (Heiterkeit. — Bravo!) Unentgeltlich mache ich Ihnen das. Ich werde aber der erste und der letzte dort sein. Dann werde ich Probe leisten, und Sie werden sehen, dass ich das durchführe.

So steht es auch mit der Straßenkehrichtabfuhr. Wenn da das Präsidium hinausgehen (Heiterkeit) und praktische Leute einer zu bildenden Commission beiziehen würde, so würden solche Plutzer nicht vorkommen. Mir ist ein praktischer Mensch, der das machen würde, lieber als ein Theoretiker. Ein Theoretiker, der sich auf ein solches Gebiet begibt, kann das nicht ausführen, er ist nicht fähig dazu. Das wäre geradeso, wie wenn ich französisch sprechen wollte (Heiterkeit) und habe es nicht gelernt. Aber ich ersuche den Herrn Bürgermeister nochmals, er möge die Organisierung der Straßenreinigung in diesem Sinne durchführen, und Sie werden sehen, im nächsten Winter ist alles ganz anders. In einem Winter haben Sie das Geld hereingebracht. Diese Reorganisierung kostet, wenn sie 19 Straßen-Inspectoren zu jährlich 1000 fl. rechnen, 19.000 fl., und wenn ein Oberinspector noch 2- bis 3000 fl. bekommt, so kostet das ganze 21.000 fl. Das bringen Sie schon bei den Schneefuhren herein, und bei den Arbeitern, die herumstehen und nichts thun, bringen Sie 60.000 fl. herein. Die schauen immer, wo kein Schnee ist, und wo Schnee ist, dort machen sie nichts.

Ich schließe, indem ich Sie versichere, dass die Angaben, welche ich gemacht habe, auf Wahrheit beruhen, und wenn es jemand bezweifelt, so möge er mit mir gehen, wenn Schnee ist, und ich werde ihn an Ort und Stelle hinführen. Wenn Sie eine solche Reorganisation durchführen, und wenn das Präsidium einige Herren aus dem Gemeinderathe beizieht, ich will nicht gerade sagen, mich — vielleicht sind noch gescheitere da (Lebhafte Heiterkeit) — dann werden sich die Verhältnisse bessern.

Aber diesem Zustande, wie er heute ist, wünsche ich ein Ende bereitet zu sehen. Sonst können Sie noch so viel Steuern ausschreiben und es nützt alles nichts. Das wird verausgabt und vergraben. Mit diesen Worten schließe ich. (Beifall links.)

Gem.-Rath Frauenberger: Ich werde mich sehr kurz fassen So lange die Kehrichtfrage überhaupt nicht geregelt ist, sollte man, glaube ich, mit so kleinen Referaten, welche zizerlweise etwas durchführen wollen, gar nicht kommen. Zuerst müssen wir die Kehrichtfrage überhaupt lösen. Aber die Kehrichtfrage wird studiert und wird so lange studiert, dass ich beinahe fürchte, der Betreffende, der sie studiert, wird schließlich nichts herausbringen. Ich werde es mit großer Freude begrüßen, wenn dieser alte Student einmal mit der Kehrichtfrage fertig wird. Dann, wenn die Kehrichtfrage durchgeführt ist, muss unbedingt ein Arbeitsamt geschaffen werden, es muss Ordnung in die Sache kommen. In jedem Bezirke wird anders gearbeitet; in der Inneren Stadt haben wir ja letzthin gesehen, wie es zugeht. Wenn es anfängt zu schneien, sind so viele Leute da, es wird beinahe jeder Schneeflocke nachgelaufen, es wird sofort alles gereinigt. Das ist sehr gut, es darf aber auch nicht übertrieben werden. Da haben sie zum Beispiel auf der Ringstraße zwischen den Bäumen den Schnee noch herausgestochert und hervorgebracht, wie es schon geregnet hat. Ich habe den Leuten gesagt: Wartet noch zwei Stunden, dann ist der Schnee weg. Nein, sie haben ihn aufgeladen und weggeführt und es ist durchgeronnen auf allen Seiten.

Das möchte ich bezüglich der Inneren Stadt erwähnen.

Vor einigen Tagen, ich glaube diesen Montag erst, sind Kehrmaschinen um $^1/_2$12 Uhr nachts gefahren. Da waren die

Straßen so schön trocken, ich habe nirgends ein bisschen Schmutz gesehen. Das ist überflüssig, solche Dinge dürfen nicht vorkommen, sonst kommen Sie nicht mit dem Personale, nicht mit den Pferden aus. Das muss eingetheilt werden. Alles zu seiner Zeit, wie es der praktische Mensch macht. Wenn aber ein Arbeitsamt geschaffen wird, dann darf man nicht an die Spitze dieses Amtes wieder einen Menschen mit einem ungeheuren Titel stellen, damit dieser Mensch nicht von vornherein eine Menge anderer Untergebener braucht, sondern man muss es einführen, ungefähr wie es im Lagerhause ist: praktische Leute, die sich ihre Leute selbst aufnehmen und entlassen können; einheitlich muss gearbeitet werden.

In den Bezirken kommt es wieder auf den Bezirksvorsteher an. Der eine Vorstand ist rühriger, tüchtiger und lässt sich die Sache mehr angelegen sein. Da wird alles sehr gut durchgeführt. In anderen Bezirken wieder ist es umgekehrt der Fall, wird schlechter gearbeitet. Es muss ein einheitliches System geschaffen werden. Das kann man nur erreichen, wenn ein Arbeitsamt gegründet wird, dem ein tüchtiger Mensch vorsteht. Wir haben hier eine Ausarbeitung bekommen, als wir dieses Straßensäuberungs-Referat berathen haben, ausgearbeitet von demjenigen, der an der Spitze dieser Arbeiten steht, der sie auch bei der Transport-Gesellschaft gemacht hat.

Ich habe diese Zusammenstellungen hier. Er hat uns berechnet, dass er mit 34 Paar Pferden die ganze Arbeit macht. Gut! 34 Paar Pferde! Gleich darauf hat er noch 4 Paare verlangt. 38 Paar Pferde! Jetzt verlangt er noch 8 Paar Pferde. 46 Paar Pferde! Was geht daraus hervor? Entweder, dass er die Sache nicht versteht, ihr nicht gewachsen ist, oder aber, dass er das vielleicht in einer Weise durchführen will, wie sie die thatsächlichen Bedürfnisse übersteigt. Das wollen wir ja auch nicht! Wir wollen nur die Straßen gründlich reinigen, aber eine Spielerei vornehmen, wollen wir nicht. Sehen Sie, meine Herren, jetzt haben Sie dieses Referat wegen der Überstunden. Das muss alles zur richtigen Zeit und zusammen dem Gemeinderathe vorgelegt werden. Diese Leute werden hier, soviel ich weiß, ziemlich gut bezahlt. Sie haben ja 1 fl. 60 kr. pro Tag, das sind 48 fl. pro Monat. Sie haben Leute mit 1 fl. 40 kr. pro Tag, das sind 42 fl. pro Monat. Wie kommen Sie nun auf einmal nach so kurzer Zeit mit einem solchen Referate? Da müssen Sie dem Chef der betreffenden Abtheilung den Rath ertheilen: Jetzt muss man zuwarten, muss die Sache eine zeitlang probieren, damit man sieht, wie es geht, wie sich das Ding machen wird, und dann werden wir mehr verlangen. Jetzt kommt das zu einer ganz unpassenden Zeit.

Ich stelle daher ohne weitere Begründung den einfachen Antrag auf Vertagung des Referates und bitte, denselben zur Abstimmung zu bringen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Zur Vertagung der Herr Referent.

Referent: Ich muss die Herren doch bitten, den Anträgen ihre Zustimmung zu geben. Diese Arbeiter sind ja da, und wenn sie Überstunden machen müssen, so müssen sie auch entlohnt werden; denen ist damit nicht geholfen, wenn die einfache Vertagung angenommen wird. Wenn jemand 1 fl. 60 kr. hat, der den ganzen Tag und während der Nachtzeit auf der Straße steht, so ist das wohl eine Entlohnung, die niemand zu hoch finden kann, und wenn nun einer zwei, drei Stunden mehr arbeiten muss, so muss er doch auch dafür bezahlt werden. Durch die Annahme dieses Antrages haben Sie principiell bestimmt, dass bei Tag 10 Percent, bei Nacht 15 Percent des gewöhnlichen Arbeitslohnes für Überstunden gelten. Ich glaube, dass das gewiss nicht zu hoch ist. Es hat ja auch gar niemand gegen die Höhe der Entlohnung gesprochen. Ich möchte Sie also bitten, auf die Vertagung nicht einzugehen, sondern den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte jene Herren, welche mit der Vertagung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Es ist die Minorität; wir fahren in der Debatte fort.

Gem.-Rath Lang: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um die Vorwürfe, welche der Herr Gem.-Rath Steiner gegen den Bezirksvorsteher des I. Bezirkes erhoben hat, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. (Lärm links.) Meine Herren, es ist eine anerkannte Thatsache (Lärm links), dass der Bezirksvorsteher des I. Bezirkes . . . (Lärm links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, den Herrn Redner sprechen zu lassen; es ist ja so ein Lärm, dass man niemanden hören kann.

Gem.-Rath Lang (fortfahrend): . . . dass der Vorsteher des I. Bezirkes (Lärm links) in ausgezeichneter Weise seines Amtes waltet. Der Herr Bezirksvorsteher (Lärm links) — Sie bringen mich gar nicht aus der Fassung (Lärm links); das geniert mich absolut nicht, wenn Sie noch so unterbrechen (Lärm links), mir ist das ganz gleichgiltig. — Sie finden den Bezirksvorsteher des I. Bezirkes in den frühen Morgenstunden (Lärm links) und in später Abendstunde auf den Straßen (Lärm links); Sie finden ihn auch des nachts dort (Lärm links). — Ich glaube doch, dass die Scenen, welche Sie jetzt aufführen, nicht würdig sind des Wiener Gemeinderathes. — Sie finden auch den Vorsteher des I. Bezirkes . . . (Lärm links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer (zur linken Seite des Hauses gewendet): Meine Herren! So lassen Sie doch den Herrn Redner sprechen.

Gem.-Rath Lang (fortfahrend): An solche unwürdige Schauspiele von ihrer Seite ist man gewöhnt. (Lärm links.) Sie finden auch den Herrn Bezirksvorsteher des I. Bezirkes spät nachts auf den Straßen (Lärm links), um die Arbeiten zu controlieren. Ich erkläre nun, dass ich es für meine Pflicht halte (Lärm links), solche . . (Lärm links.) — Meine Herren! Wir haben schon vieles erlebt (Lärm links), aber solche wiederholte unwürdige Scenen (Lärm links) sind nur auf Ihrer Seite zu finden (Lärm links), aber nicht auf unserer Seite. (Lärm links.) — Ich weise demnach nochmals die Anwürfe gegen den Bezirksvorsteher des I. Bezirkes mit aller Entschiedenheit zurück (Lärm links) und erkläre, dass solche unwahre Darstellungen nur vorgebracht werden (Lärm links), um die Wählerschaft und die Bevölkerung irre zu führen (Lärm links), und gegen solche Irreführungen muss jeder, der es ehrlich mit seiner Vaterstadt meint, auf das entschiedenste auftreten. (Andauernder Lärm links, lebhafter Beifall rechts.)

Bürgermeister: Meine verehrten Herren! Die Redefreiheit in diesem Hause wird jedenfalls in einer eigenthümlichen Weise gewahrt. Es ist gewiss gar kein Zweifel, dass neun zehntel von dem, was Herr Gem.-Rath Eigner angeführt hat und auch ein Theil desjenigen, was Herr Gem.-Rath Steiner angeführt hat, zur Sache nicht gehört. (Gem.-Rath Steiner: Aber wahr ist es!) Ja, wahr ist sehr viel, aber wenn Sie alles anführen wollen, was wahr ist, so kämen wir nicht mit zwei Sitzungen in der Woche aus, sondern würden täglich Sitzungen brauchen. Ich

will nicht polemisieren, sondern nur sagen, dass von dieser (linken) Seite alles ruhig vorgebracht werden konnte, während die Herren es absolut nicht vertragen, dass von der anderen (rechten) Seite Gegenbemerkungen ihnen entgegengestellt werden. (Bravo! rechts.) Ich weiß nicht, wie ich mir das auslegen soll, ist das Nervosität oder Unduldsamkeit, ich verstehe das nicht. (Zwischenrufe.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte Zwischenrufe zu unterlassen!

Bürgermeister: Meine Herren! Zur Sache selbst habe ich folgendes zu bemerken: Wir haben den Herrn Gem.-Rath Eigner gehört, wie er als Reformator sich die Sache vorstellt, er hat aber wenig Glück dabei, das habe ich erfahren. (Ruf links: Er will ein Inspector werden!) Bis heute ist er es noch nicht. (Heiterkeit.) Zuerst hat er seine Aufmerksamkeit einem äußeren Bezirke zugewendet und ist über die Eindrücke, die er draußen empfangen hat, gar sehr entrüstet gewesen, und in dieser Stimmung ist er zu dem betreffenden Bezirksvorsteher gekommen und hat in dieser seiner wahrscheinlich etwas erregten Stimmung dem dortigen Bezirksvorsteher, der ihm sonst nach seiner ganzen Gesinnung sehr nahe steht und dem gegenüber er zu einer gewissen Rücksicht, zu einer gewissen Collegialität verpflichtet wäre, rückhaltlos seiner Verstimmung Ausdruck gegeben, so zwar, dass der betreffende Bezirksvorsteher zu mir gekommen ist und sagte: „Herr Bürgermeister! Schützen Sie mich! (Heiterkeit.) Ich lasse mir das nicht gefallen, wenn mir das noch einmal passiert, so werde ich anders vorgehen. Ich werde mir die Fortsetzung dieser Vorlesungen nicht gefallen lassen."

Ich habe den Herrn Bezirksvorsteher beruhigt. „Schauen Sie," sagte ich zu ihm, „diese Schneefälle jetzt sind geradezu eine Katastrophe. Herr Gem.-Rath Eigner hat es sich auch so zu Herzen genommen. Ich weiß, er ist sehr sparsam, er kann es nicht leiden, wenn man unnütz Geld hinauswirft, er thut es ja auch nicht gern!" (Heiterkeit.) So ist der Friede zwischen diesen beiden Männern wieder hergestellt worden. Aber jetzt ist Herr Gem.-Rath Eigner in die Innere Stadt hinein, ich vermuthe wenigstens, dass er von der Inneren Stadt gesprochen hat. (Rufe links: Gewiss!) Also, es ist doch richtig. Nun sehen Sie, meine Herren! Wer soll denn da sofort widersprechen? Ich müsste ja nicht nur das Magistratsdepartement, in dem der Gegenstand läuft, nicht nur das Baudepartement, in dem der Gegenstand läuft, nicht nur die betreffenden provisorisch angestellten Beamten, die in diesem sogenannten Arbeitsamte thätig sind, sondern auch die betreffenden Arbeiter in die Sitzung herbringen, dem Herrn Gem.-Rathe Eigner gegenüberstellen und zu ihnen sagen: „Hören Sie an, was Herr Gem.-Rath Eigner hier sagt. Ist das richtig in allen seinen Details oder nicht? Waren Sie wirklich so ohnmächtig gegenüber diesen übermüthigen Schneefuhrleuten oder ist es nicht vielleicht ein bisschen übertrieben?" — wie es ja bei solchen Affairen möglich ist.

Meine Herren! Gewiss ist es, dass bei derlei außergewöhnlichen Gelegenheiten, bei solchen Elementarereignissen, wo ja an die betreffenden Bezirksvorsteher und ihre Leute geradezu ein außerordentlicher Ansturm herankommt, ungewöhnliche Anforderungen in Bezug auf Dispositionen, Aufnahme u. s. f. gestellt werden. Aber, meine Herren, ich höre das erstemal heute eine solche Kritik über die Arbeiten im I. Bezirke. Ich, meine Herren, habe mich persönlich überzeugt, dass der Herr Bezirksvorsteher des I. Bezirkes in frühester Morgenstunde selbst thätig, selbst auf der Gasse war, bei den Leuten Dispositionen getroffen und ihnen Plätze angewiesen, mit den Fuhrleuten verhandelt und jede Erscheinung, die da vorgekommen ist und nicht genau den Vorschriften entsprochen hat, in schärfster Weise gerügt hat. Er hat die unangenehmsten Conflicte gehabt, die wieder in meinem Bureau weiter spielten. Der Herr Bezirksvorsteher des I. Bezirkes ist mit der größten Energie vorgegangen (Beifall rechts), und ich muss sagen, ich habe mir nicht vorgestellt, dass dieser Mann, der nicht mehr so jung ist, diese Elasticität, diese Energie, diese Thätigkeit an den Tag legt. (Beifall rechts.) Trotzdem ist es möglich, dass die Gemeinde benachtheiligt wird, dass ein Wagen nicht so beladen ist, wie er sein sollte. Der Herr Gem.-Rath Eigner spricht immer nur von jenen Wägen, die er sieht. Wenn er nun wirklich Inspector würde, er würde auch nicht alle Wägen in der Weise controlieren können, wie es nothwendig wäre. Er kann auch nur einige wenige sehen, die anderen nicht, und es würde ihm wahrscheinlich passieren, dass jemand kommt und zu ihm sagt: „Herr Inspector, was ist's mit dem Wagen, ist der wirklich so beladen, wie er beladen sein soll, wie gefällt Ihnen der?"

Also, meine Herren, eine solche Bemänglung ist leicht möglich, und ich füge noch hinzu, ich gebe zu, es kann sein, dass einiges von dem ganz richtig ist. (Rufe links: Alles!) Also, meine Herren, ich kann das nicht bestreiten, weil ich es nicht weiß und weil ich auf den Abladeplätzen thatsächlich nicht war.

Ich kann nur sagen, ich habe mich erkundigt, wie controliert wird. Es ist mir ein specieller Fall angeführt worden, wo ein Fuhrmann für fünf, sechs Fuhren mehr Entlohnung verlangt hat, und es hat dann die Controle so geklappt, dass es geradezu ein Vergnügen war. Es hat sich gezeigt, dass er den Anspruch nicht erweisen kann, weil er die Einschnitte auf dem Robisch nicht nachweisen konnte, und es hat sich herausgestellt, dass er die Arbeit wirklich nicht geleistet hat. Ich kann nur sagen, es wurde bei diesen Arbeiten die beste Absicht, der größte Fleiß und Eifer an den Tag gelegt, sowohl seitens des Bezirksvorstehers selbst als der Organe, und wenn bei einer so ungewöhnlichen Arbeit, die auf einmal hereinbricht und die alle Leute eigentlich ungeübt trifft, gewisse Unregelmäßigkeiten und Ungenauigkeiten vorkommen, so erkläre ich Ihnen, wenn Sie Engel vom Himmel herunterstellen, die die Arbeit controlieren sollen, so würde es auch diesen passieren dass gewisse Übervortheilungen und Unregelmäßigkeiten vorkommen. Das ist menschlich, das werden Sie nicht abschaffen.

Nun aber, meine Herren, wenn der Gemeinderath die eigene Regie will, dann darf er sie auch nicht mit einer solchen Debatte, wie sie hier geführt wird, ad absurdum führen. Meine Herren! Das geht zu weit, dass ein Gemeinderath sich darauf einläßt, wie ein Vorredner von dieser Seite, zu beurtheilen ob an einem bestimmten Tage, bei einem bestimmten Zustande der Straßen mit der Trommel gefahren werden soll oder nicht, und meint, da haben die Leute wieder einen Fehler gemacht, an dem Tage hätte nicht gekehrt werden sollen, die Straßen waren ohnedies ganz rein. So kommen wir auf den Standpunkt des Dorfes zurück, wo die Laternen nicht angezündet werden, wenn Vollmond im Kalender steht (Beifall rechts. — Widerspruch links), da können wir uns allerdings die Sache sehr billig machen.

Dann müssen Sie sich jemanden bestellen, der täglich bestimmt, ob gekehrt werden soll oder nicht. (Gem.-Rath Eigner: Ja, das ist richtig!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, nicht fortwährend zu unterbrechen.

3*

Bürgermeister (fortfahrend): Ob das Publicum damit zufrieden sein wird oder ob eine solche Verwaltung den Ansprüchen nachkommt, die bis jetzt immer, in Bezug auf die Straßenreinigung gestellt wurden, weiß ich nicht.

Endlich noch ein Widerspruch. Es wurde gesagt, ein Arbeitsamt muss eingesetzt werden. Gut! Erinnern Sie sich, bei der Berathung im vorigen Jahre im Sommer wurde die eigene Regie eingeführt und der Antrag gestellt, es sollen die betreffenden Beamten, die früher bei der Transport-Gesellschaft waren, in den Dienst der Gemeinde übernommen werden mit denselben Bezügen, also dasselbe Personal mit denselben Arbeiten u. s. f. Da hat es geheißen, ja wozu denn? Wozu sind die Bezirksvorsteher und wozu ist die Bezirksvertretung da? Warum sollen wir jetzt Arbeiter und Beamte anstellen und eine masse Geld ausgeben? Das ist doch ganz überflüssig; dies würde die eigene Regie discreditieren und vertheuern. Heute aber auf einmal sagt man, das geht nicht. Damals war es nahe daran, dass diese Anträge abgelehnt worden wären, welche die Anstellung desselben Personales, das bei der Transport-Gesellschaft war, die gewiss nicht das Geld hinausgeworfen hat, betrafen. Heute ist wieder allseits der Wunsch: ein Arbeitsamt. Gut! Was wird aber heute beantragt?

Man will den Arbeitern, welche Überstunden arbeiten und die eine Entlohnung von 1 fl. 10 kr., 1 fl. 20 kr., 1 fl. 40 kr. oder 1 fl. 60 kr. beziehen, die schon in aller Frühe auf der Straße sein müssen . . . . (Unterbrechung und Rufe links: Das sagt ja niemand!) Nein? Dann ist es gut. Also jenen Arbeitern will man 10 bis 15 Percent für die Überstunden geben, weil der Mann sich sonst nicht ernähren kann. Jetzt ist man aber dagegen. (Rufe links: O nein, wir sind dafür!) Also, ich bitte, ich anerkenne das dankbar, es ist aber auch das bekämpft worden; da sehen Sie, wie schwer es ist, die Verwaltung zu führen.

Die Annahme des Referates ist heute nothwendig, weil man wissen muss, was diese Leute zu bekommen haben und weil sie es auch wissen wollen.

Was die größere Frage, die Organisierung der Kehrichtabfuhr in der Inneren Stadt, betrifft, so wird der Herr Vorredner wissen, dass diese Frage in ein sehr actuelles Stadium getreten ist, so dass sie bald eine positive Form annehmen wird, und dass es mich sehr freuen wird, dieselbe gleichfalls vor den Gemeinderath bringen zu können. Dann möchte ich aber bitten, dieselbe mit etwas mehr Wohlwollen in Behandlung zu nehmen, als heute das Referat des Herrn Gem.-Rathes Schneiderhan. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Rechansky (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Es ist der Antrag auf Schluss der Debatte gestellt. Die Herren, welche damit einverstanden sind, wollen sich erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit 35 Stimmen angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Gfrorner, Dr. Geßmann, Steiner, Sebastian Grünbeck, Herrdegen, Hawranek, Weitmann, Gregorig, Frauenberger, Rauscher und Eigner.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 1/4 9 Uhr abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **21. Jänner 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Dr. Rechansky, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.
Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Müller, Stiaßny.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin,
Krank: St.-R. Rückauf.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung und theilt nachstehendes mit:

Die St.-R. Müller und Stiaßny entschuldigen ihr Fernbleiben.

St.-R. Baugoin ist für die Dauer eines Monates beurlaubt. (Zur Kenntnis.)

(184.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Pflasterermeisters Franz Walz um Preisaufbesserung für die Steinzufuhr anläßlich der Pflasterung des Hauptplatzes in Hietzing, XIII. Bezirk, und beantragt, die Erhöhung des Kostenanschlagspreises von 10 fl. auf 15 fl. per 1000 Stück abzuweisen. (Angenommen.)

(369.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Adolf Seidler noe. des Hietzinger Verschönerungsvereines um Zustimmung zu den Statuten und beantragt, die Gemeinde erklärt sich mit den im § 14 der Statuten enthaltenen Bestimmungen einverstanden, wenn die Abänderung der Bestimmungen des § 1 der bezeichneten Statuten in der Weise geändert wird, dass die Übernahme einzelner vom projectierten Hietzinger Verschönerungsvereine ausgeführten Anpflanzungen und sonstigen Herstellungen in die Erhaltung und Pflege der Gemeinde Wien von Fall zu Fall einer besonderen Entscheidung vorbehalten wird.

St.-R. Dr. Huber beantragt, beizufügen, dass die Gemeinde in eine Prüfung der übrigen Punkte nicht eingehe.

Referenten-Antrag angenommen.

Antrag Dr. Huber abgelehnt.

(97.) **Derselbe** referiert neuerlich über das Anbot des Friedrich Baumann auf den Ankauf eines Theiles der Parcellen 15/7 und 20/5 Speising und beantragt, bei dem früheren Beschlusse, einen Kaufpreis von 300 fl. zu verlangen, zu beharren. (Angenommen.)

(450.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XIII. Bezirke und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an:

Rieß Julius Heinrich, Hauseigenthümer und Kaufmann;
Wolf Johann, Taglöhner;

Branco Walter, Erzeuger chemischer Producte;
Eigensberger Franz, Brauergehilfe;
Pöltl Josef, Gemischtwaren-Verschleißer. (Angenommen.)

(428.) **St.-R. Matthies** referiert über die Offerte des Franz Nowak, gegen eine Entschädigungssumme von 50.000 fl. das Haus III., Hauptstraße 18, zu demolieren und den entfallenden Straßengrund der Gemeinde Wien zur Verfügung zu stellen, und beantragt:

1. dieses Anbot mit Rücksicht auf die Höhe des Betrages abzulehnen;

2. diese Eingabe dem hohen k. k. Ministerium des Innern als Beilage zu dem dortselbst anhängigen Recurse der Gemeinde Wien vorzulegen. (Angenommen.)

(434.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über die Kostenüberschreitung für die Reparatur der Fahrspritze und des Wasserwagens der Feuerwehr in Neustift a. W. und beantragt, diese Überschreitung im bedeckten Betrage von 136 fl. 97 kr. zu genehmigen.
(Angenommen.)

(411.) **Derselbe** referiert über einen Commissionsgebürenrückstand per 2 fl. nach Anton Rössner (XIV. Bezirk) und beantragt die Abschreibung wegen unbekannten Aufenthaltes. (Angenommen.)

(429.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Währing um Bewilligung einer Remuneration für die Bediensteten der Tramway-Remise in Währing und beantragt, denselben für ihre Dienstleistung bei den Ausfahrten der freiwilligen Feuerwehr Währing im Jahre 1894 die Gratificationen in den bisherigen Beträgen, und zwar:

dem Stallmeister . . . . 100 fl.,
dem Fouragemeister . . . . 25 fl.,
den übrigen betheiligten Bediensteten . . . . 40 fl.,

in Gemäßheit des Magistrats-Antrages zu bewilligen.
(Angenommen.)

(444.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Melzer um Aufzahlung für die Neupflasterung der Thaliastraße im XVI. Bezirke und beantragt:

Der Stadtrath wolle dem Pflasterermeister Johann Melzer die nachträgliche Erhöhung des im Kostenanschlage für die zur M.-Z. 75318/V ex 1893 ausgeführte Neupflasterung der Thaliastraße im XVI. Bezirke für die Zufuhr von je 1000 Stück Würfelsteinen eingestellten Einheitspreises von 10 fl. auf 12 fl. 50 kr., daher mit Rücksicht auf den mit Stadtraths-Beschluss vom 9. August 1893, Z. 5694, genehmigten Nachlass von 25½ Percent und die Anzahl der thatsächlich zugeführten Würfelsteine, d. i. 68246 Stück, eine Aufzahlung von 127 fl. 11 kr. auch für diese Neupflasterung entfallenden Verdienstbetrag bewilligen, dagegen die angesuchte Mehrzahlung für die Ausbesserung nachträglich eingetretener Pflastersetzungen unter Hinweis auf § 26 des bei Vergebung gegenständlicher Arbeiten mit dem gesuchstellenden Ersteher vereinbarten Regulativs abweisen.
(Angenommen.)

(3265 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Victor Lieb gegen feuerpolizeiliche Aufträge, betreffend das Haus VII., Halbgasse 27, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3266 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Heinrich Willner wider feuerpolizeiliche Verfügungen, betreffend das Haus VII., Mondscheingasse 16, und beantragt, dem Recurse stattzugeben.
(Angenommen.)

(2128 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Kirchenvorstehung der Pfarrkirche Mariahilf (Barnabiten) wider feuerpolizeiliche Aufträge und beantragt, dem Recurse vollinhaltlich stattzugeben.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, dem Recurse nur hinsichtlich des Auftrages, die gespendeten Kerzen nur an einem vollkommen abgefriedeten Orte unter Aufsicht einer verlässlichen Person abbrennen und in der Nähe Sand zur Abdämpfung brennender Kerzenmassa bereithalten zu lassen, Folge zu geben.

Antrag Dr. Hackenberg angenommen; in den übrigen Punkten erscheint sonach der Referenten-Antrag abgelehnt.

(10329 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Josef Kretschmer wider feuerpolizeiliche Verfügungen, betreffend das Haus VII., Zieglergasse 44, und beantragt, dem Recurse Folge zu geben.
(Angenommen.)

(3267 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Edmund Wagner, Holzwolle-Erzeugers, wider feuerpolizeiliche Aufträge, betreffend das Haus VII., Bernardgasse 31, und theilt mit, dass der Recurs gegenstandslos sei, da Recurrent das Geschäft aufgegeben habe und in dem bezeichneten Hause nicht mehr wohne.
(Zur Kenntnis.)

(10385 ex 1894.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem XIV. Bezirke und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Panholzer Johann, Victualienhändler;
Haudek Josef, Schneidermeister;
Roth Anton, Tischlermeister;
North Leopold, Metallgießer;
Rehacek Anton, Victualienhändler;
Muzik Josef, Plattierer. (Angenommen.)

(10288 ex 1894.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XIV. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Hahn Josef, Kutscher und Hausbesorger;
Hietler Theresia, Victualien-Verschleißer;
Hörhan Ignaz, k. k. Sicherheitswachmann;
Schnalek August, Tischlermeister;
Cerwenka Franz, Tischlermeister;
Korntheuer Alois, Fleischhauermeister;
Hubetz Josef, Sattlergehilfe;
Zahrada Josef, Schlossergehilfe;
Krčmen Josef, Magazineur;
Hein Katharina, geb. Silipp, Bedienerin;
Högler Gottlieb, Maschinenwärter;
Dangl Johann, Arbeiter der k. k. österr. Staatsbahnen;
Dřahorad Emerich Wenzel, Bronzearbeiter;
Horaček Anna Josefa, Maschinnäherin;
Vollkronn Anton, Lederarbeitergehilfe;
Godula Johann, Laternenanzünder;
Rüger Karl, Kutscher;
Pecho Stephan, Hausdiener;
Swoboda Franz, Drechslergehilfe;
Pohl Karl, Fleischergehilfe;
Kruschek Rudolf, Gemischtwaren-Verschleißer;
Afuß Josef, Milchmeier;
Eckstein Bernhard, Rechnungsführer;
Kudrna Josef, Webergehilfe;
Kienast Cäcilie, Handarbeiterin;
Meißner Vincenz, Partieführer;
Kade Josef, k. k. Briefträger;
Dietzler August Karl, Mechanikermeister;

Fasching Leopold, Milchmeier im Geschäfte des Vaters;
Weber Matthias, Schuhmachermeister;
Janu Wenzel, Druckergehilfe. (Angenommen.)

(401.) **St.-R. Wurm** referiert über die Baulinienbestimmung für Or.-Nr. 2, 4 und 6 Rauhensteingasse im I. Bezirke und beantragt, die Baulinie im Sinne der im Plane roth eingezeichneten Linien a b festzusetzen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei, insolange der General-Regulierungsplan noch nicht festgesetzt ist, vor jeder Bekanntgabe einer Baulinie in der Inneren Stadt ohne Rücksicht auf bestehende Gemeinderaths-Beschlüsse der betreffende Act dem Stadtrathe vorzulegen.

Referent beantragt als Zusatz zu seinem Antrage, es sei das Project der Verlängerung der Akademiestraße, und zwar bis zur Singerstraße, zu urgieren.

Referenten-Antrag mit Zusatz des Referenten und des St.-R. Dr. Lueger angenommen.

(441.) **Derselbe** referiert über das Offert der Eigenthümer des Hauses Nr. 111 Kaiserstraße im VII. Bezirke auf Ankauf derselben seitens der Gemeinde um den Betrag von 60.000 fl. behufs Durchführung der Bernardgasse im VII. Bezirke und beantragt die Ablehnung im Hinblicke auf die Höhe des geforderten Preises. (Angenommen.)

(362.) **Derselbe** referiert über die Beitragsleistung seitens des Theodor Ritt. v. Taussig zu den Straßenregulierungskosten von der Gloriettegasse bis zur Lainzerstraße und beantragt:

Der von Theodor Ritt. v. Taussig angebotene Beitrag von 1400 fl. zu den Kosten der Straßenregulierung vom Bruche der Gloriettegasse bis zur Lainzerstraße im XIII. Bezirke Hietzing in Wien wird angenommen und ist von der Schadloshaltungssumme für den abzutretenden Straßengrund seinerzeit in Abrechnung zu bringen, wogegen der Genannte von der Trottoirherstellung längs seiner Realität Einl.-Z. 143, Küniglberg, Hietzing, vom Punkte A der Planskizze und der Zahlung eines Anerkennungszinses für den unter der Gartenböschung am Promenadewege liegenden Straßengrund für sich und seine Rechtsnachfolger dauernd enthoben wird.

Endlich wird die vom Gesuchsteller erbetene Abänderung der Niveaucote seiner Realität von 43·64 m auf 44·14 m, resp. 43·84 m zur Erzielung einer besseren Einfahrt in seine Realität an der abgekappten Ecke beim Zusammenstoße der Gloriettegasse und des Promenadeweges genehmigt.

(Angenommen; letzter Absatz an den Gemeinderath.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Aufnahme in das Verzeichnis der für Erlangung der 18jährigen Steuerfreiheit in Aussicht genommenen Umbauhäuser, und zwar:

(386.) bezüglich des Hauses IX., Porzellangasse 37, und

(387.) bezüglich des Hauses I., Sterngasse 7, Marc Aurelstraße 4.

Referent beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(286.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Offerte der Wiener Baugesellschaft auf einen Theil der städtischen Realität Or.-Nr. 3 Rahlgasse, Einl.-Z. 877, VI. Bezirk, und beantragt:

1. bezüglich der genannten Offerte durch ein Comité mit der Wiener Baugesellschaft in Verhandlung zu treten;

2. den im obigen städtischen Hause wohnhaften Parteien, mit welchen eine längere als vierteljährige Kündigungsfrist vereinbart ist, ist zu kündigen und sind bei Abschluss von neuen Mietverträgen nur mehr vierteljährige Kündigungsfristen zu fixieren. (Angenommen.)

(424.) **Derselbe** referiert über die Offerte des Otto Schwinner noe. der Administration des C. Panady'schen Stiftungshauses I., Laurenzerberg 5, Adlergasse 16, puncto Grundcompensation und Grundentschädigung und beantragt die compensationsweise Überlassung des nach der neuen Baulinie zur Bauarea einzubeziehenden Grundes per 40·18 m² gegen eine gleichgroße Fläche des von dem Baugrunde zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grundes per 160·34 m² und die Bestimmung einer Pauschalentschädigung von 15.000 fl. für die restliche Grundabtretung für den Fall, als die Grundabtretung und -Einbeziehung innerhalb zweier Jahre stattfindet und nicht etwa durch Genehmigung anderer Baulinien (Straßenzug Praterstraße—Stephansplatz) die Situation vollständig geändert wird.

St.-R. Dr. Lueger beantragt beizufügen, dass dieser Bewertung mit Rücksicht auf den wohlthätigen Zweck dieser Stiftung zugestimmt wird.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(259.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Katharina Csermak um Baubewilligung für VIII., Fuhrmannsgasse 12, und beantragt, den Bauconsens zu bestätigen. Jedoch wäre der in die Verbauung einzubeziehende Straßengrund um den Einheitspreis von 60 fl. per Quadratmeter einzulösen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

26. Jänner 1895.

Die Anzahl der bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter hat in der abgelaufenen Woche 1344 betragen, hievon waren 828 beim Bau des Schleusencanales nächst Nussdorf, 390 an der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn, 126 am Sammelcanale auf dem rechten Wienflussufer beschäftigt; außerdem standen beim Schleusencanalbau 7 Dampfmaschinen und 1 Fuhrwerk, beim Bahnbau 1 Dampfmaschine und 16, beim Sammelcanalbau 13 Fuhrwerke in Verwendung.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 20. Jänner bis 26. Jänner 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . . 250.351 kg (Davon aus Niederösterreich — 176.374; aus Ober-Österreich — 1.475; aus Steiermark 108; aus Tirol — —; aus Mähren — 5.590; aus Galizien — 53.973; aus Ungarn — 10.769; aus der Bukowina — 2.062; aus Croatien — —; aus Bosnien — —; aus Australien — — kg)

Kalbfleisch . . . 12.666 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 170; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 101; aus Galizien — 12.281; aus Ungarn — 104; aus der Bukowina — 10 kg)

Schaffleisch . . .	714 kg	(Davon aus Nieder-Österreich — —; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 307; aus Ungarn — 72; aus Croatien — —; aus der Bukowina — 335 kg)
Schweinfleisch . .	64.485 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 27.082; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 1.480; aus Steiermark — —; aus Mähren — 1.082; aus Galizien — 26.882; aus Ungarn — 7.867; aus Croatien — —; aus der Bukowina — 92 kg)
Kälber	1.301 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 188; aus Ober-Österreich — 3; aus Salzburg — —; aus Mähren — 49; aus Galizien — 1.006; aus Ungarn — 27; aus der Bukowina — 28 St.)
Schafe	117 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 107; aus Ober-Österreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus der Bukowina — 4; aus Ungarn — 6; aus Croatien — — St.)
Schweine . . .	940 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 151; aus Mähren — 11; aus Galizien — 754; aus Böhmen — 7; aus Ungarn — 17; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	40 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 20; aus Mähren — 1; aus Galizien — 2; aus Ungarn — 17 St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleich	von 25	bis 72	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ 36	„ 95	„	„	„
„	Australisches: vorderes	—		„	„	„
„	„ hinteres	—		„	„	„
Kalbfleisch		von 36	bis 70	„	„	„
Schaffleisch		„ 40	„ 54	„	„	„
Schweinfleisch		„ 44	„ 66	„	„	„
Kälber		„ 36	„ 58	„	„	„
Schafe		„ 40	„ 54	„	„	„
Schweine		„ 42	„ 56	„	„	„
Lämmer		„ 3½	„ 5	fl.	per	Stück.

Bei geringerer Zufuhr gegen die Vorwoche war die Kauflust eine ziemlich lebhafte. Kalbfleisch, Schaffleisch und Kälber wurden um 2 bis 4 kr. per Kilogramm höher verkauft, während die übrigen Fleischwaren im allgemeinen die vorwöchentlichen Preise behaupteten.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 28. Jänner 1895.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3472, Weidevieh —, Beinlvieh 1179.

Summa . 4651.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	. .	2266
Galizische	„ . . .	912
Deutsche	„ . . .	1324
Büffel	„ . . .	149

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3624
Stiere	314
Kühe	713

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht **mit** Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von 50	bis 65	fl.		Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 46%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.
(extrem .	„ —	„ —	„)		
Galiz. Schlachtthiere	„ 50	„ 60	„		
(extrem .	„ 61	„ 62	„)		
Deutsche Schlachtthiere	„ 50	„ 67	„		
(extrem .	„ —	„ 68	„)		
Weidevieh	„ —	„ —	„		

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht **ohne** Percentabzug:

Ochsen	von 20	bis 34	fl.
Stiere	„ 23	„ 35	„
Kühe	„ 22	„ 30	„
Büffel	„ 17	„ 27	„
Beinlvieh	„ 16	„ 22	„
Weidevieh	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 24 bis 60 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	253 Stück
Beinlvieh	279 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 1098 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben.

Bei genügendem Angebote und flauer Ultimo-Stimmung ist in den gedruckten Preisen des letzten Montagsmarktes keine wesentliche Änderung eingetreten.

* * *

Pferdemarkt vom 25. Jänner 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 445 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . 80—380 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . . 15— 58 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 26. Jänner 1895.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	6	fl.	60	kr.	bis	7	fl.	35 kr.
Roggen („ „ „ „ 71—78 „)	„	5	„	55	„	„	5	„	95 „
Gerste	„	5	„	25	„	„	8	„	80 „
Mais	„	6	„	75	„	„	7	„	35 „
Hafer	„	6	„	05	„	„	6	„	95 „

b) Mahlproducte.

Grieß	von	11	fl.	—	kr.	bis	12	fl.	50 kr.
Weizenmehl	„	5	„	—	„	„	15	„	50 „
Roggenmehl	„	6	„	10	„	„	11	„	— „
Weizenkleie	„	3	„	75	„	„	4	„	— „
Roggenkleie	„	4	„	—	„	„	4	„	15 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 17. Jänner bis 24. Jänner 1895.

Waren eingelagert . . . . . . 12.126 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . . 27.955 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 6680 Meter-Centner.

Lagerstand vom 24. Jänner 1895: 362.696 Meter-Centner, und zwar:

74.922	Meter-Centner	Weizen,	88.362	Meter-Centner	Roggen,
70.797	"	Gerste,	38.762	"	Hafer,
916	"	Mais,	33.584	"	Ölsaaten,
18.382	"	Mehl u. Kleie,	1.428	"	Wein,
2.673	"	Zucker,	—	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,280.250 fl. öst. Währ.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Reinhaltung der Kleider der in der Großmarkthalle verwendeten Arbeitsleute.

Auf Grund des § 93 des Gemeindestatutes hat der Magistrat unterm 13. December 1894, M.-Z. 170442/XV, nachstehendes verordnet:

Die in der Großmarkthalle beschäftigten Hilfspersonen (Lehrjungen, Gehilfen, Markthelfer ꝛc.), sowie diejenigen Personen, welche den Transport von Fleischwaren in die Großmarkthalle oder aus derselben besorgen, dürfen hiebei keine mit Blut oder sonstwie beschmutzte, ekelerregende oder zerrissene Kleider tragen.

Alle diejenigen Personen, welche sich einer Übertretung dieser Vorschrift schuldig machen, sind vom Marktamte sofort aus der Großmarkthalle wegzuweisen und werden außerdem ebenso wie Arbeitgeber, welche es an der nothwendigen Aufsicht über ihre Arbeitsleute fehlen lassen, in Gemäßheit des oben citierten Gemeindestatutes mit einer Geldstrafe bis zu 200 fl. oder mit Arreststrafe bis zu 14 Tagen bestraft.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 24. Jänner bis 28. Jänner 1895:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Kohlmarkt 5, von Alois Schumacher, Baumeister (377).

" " Haus, Bauernmarkt 12, von S. Schein, Landskrongasse 1, Bauführer ? (387).

III. Bezirk: Haus, Gürtelstraße, Grdb.-Einl. 2755, von Michael Ronsperger, XVIII., Döblingerstraße 32, Bauführer Ambros Schmid (379).

" " Haus, Gürtelstraße, Grdb.-Einl. 2756, von Michael Ronsperger, XVIII., Döblingerstraße 32, Bauführer Ambros Schmid (381).

XVI. Bezirk: Dreistöckiges Haus, Neulerchenfeld, Hasnerstraße 77, von Ignaz Hofer, Richard Wagnerplatz 15, Bauführer Thomas Hofer (4490).

Für Zubauten:

XI. Bezirk: Zwei Hoftracte, Simmering, Grdb.-Einl.-Z. 1508, Parc. 679/4, 678/7, Hugogasse, von Franz und Therese Schmidt, Bauführer Anton Kurz (1396).

XVI. Bezirk: Hofquertract, Ottakring, Hyrtlgasse 32, Conscr.-Nr. 1227, von Gustav und Anna Schneider, Thaliastraße 83, Bauführer Kowařik (4602).

XVII. Bezirk: Dornbach, Hauptstraße 102, von Heinrich und Franz Glaser, Hauptstraße 98 und 100, Bauführer ? (3424).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Graben 29, von Johann Schranz, Bauführer Franz Daxelmüller (384).

II. Bezirk: Taborstraße 6, von Anton Höcker, Maurermeister (374).

III. Bezirk: Marxergasse 15 a, von Karl Kirchem, Baumeister (405).

" " Rennweg 8, von Anna Marie Auersperg, Bauführer Jos. Gruber (430).

IV. Bezirk: Starhemberggasse 3, von Nikolaus Mundt, Bauführer Frauenfeld & Berghof (407).

VIII. Bezirk: Kochgasse 17, von Karl Mayer, Bauführer Alois Ziegler (373).

XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Morizgasse 13, von Bachofen v. Echt und Medinger, XIX., Nussdorf, Bauführer ? (2221).

" " Rudolfsheim, Buchgasse 50, von Marie Stockinger, ebenda, Bauführer Gottfried Alber (2336).

XVI. Bezirk: Ottakring, Lienfeldergasse 35, von Franz Zeiner, Bauführer Franz Haslinger (4042).

" " Ottakring, Seitenberggasse 40, von Thomas Krönauer, Bauführer Franz Kowařik (4047).

" " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 42, von Wilhelmine Biller, Ottakring, Hauptstraße 39, Bauführer Josef Reinhart (4502).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Magazin und Werkstätte, Große Sperlgasse 43, von Odo M. Meißl, III., Erdbergstraße 32, Bauführer C. Stigler (397).

" " Rohrcanal, Große Sperlgasse 33, von Leopold Klauser, Bauführer J. Schobesberger (419).

VIII. Bezirk: Brandschaden-Reconstruction, Josefstädterstraße 16, von Ferd. und Jeanette Leonhardt, Maria Treugasse 5, Bauführer Rud. Breuer (390).

XI. Bezirk: Abtragung von Dachbodenerker und Aufführung von zwei Dachbodenfenster, Simmering, Krausegasse 13, von Leop. Prager, Rinnböckstraße 48, Bauführer derselbe (1621).

XIX. Bezirk: Einfriedungsmauer, Döbling, Muthgasse 62, von Ed. Hasenöhrl & Comp., ebenda, Bauführer Karl Höllerl jun. (2106).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

III. Bezirk: Steingasse 29, von Josef Schrems (402).

VII. Bezirk: Spittelberggasse 6, Guttenberggasse 5, von Karl Epstein und Consorten, durch Wilh. Stiaßny (391).

X. Bezirk: Einl.-Z. 1012, Laxenburgerstraße, von Salomon und Josefine Singer (3186).

" " Einl.-Z. 1160, Muhrengasse, von Jakob Sch. Straßberg (3624).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hasnerstraße 77, von Ignaz Hofen, Richard Wagnerplatz 15 (4295).

" " Ottakring, Einl.-Z. 2896, Cat.-Parc. 742/6, Paletzgasse, von Bartholomäus Bayer, XVII., Halmgasse 9 (4503).

XIII. Bezirk: Weinhaus, Lacknergasse 100, Conscr.-Nr. 21 und Einl.-Z. 5, von Jos. Haupt, Stadtbaumeister, noe. Anton Preßinger (2254).

" " Gartengrund, Währing, Einl.-Z. 1546, Conscr.-Nr. 1014, Parc. 216/2 im Grundb. Währing, von Josef Haupt noe. Gustav Ethofer (2255).

" " Gersthof, Einl.-Z. 429, Ecke der Bastiengasse und Parkgasse, von Wenzel Frtschka (2419).

Gewerbeanmeldungen vom 22. Jänner 1895.

(Fortsetzung.)

Nowak Adalbert — Schuhmachergewerbe — I., Brunngasse 1.
Wöber Anton — Stadtlohnkutscher — IV., Alleegasse 64.
Klose Amalia — Stickerin — VIII., Pfeilgasse 4.
Tuček Franz — Tischler — XII., Meidling, Jakobstraße 13.
Reschny Josef — Unschlitthandel — V., Johannagasse 18.
Kobler Josef — Verabreichung von Speisen und von Thee, Ausschank von Bier und Brantwein — IV., Weyringergasse 32.
Kaiser Josef — Tischler — VI., Kaserngasse 11.
Brüll Ferdinand — Verschleiß von Galanteriewaren — VIII., Blindengasse 19.
Cerny Francisca — Victualien-Verschleiß — III., Pfefferhofgasse 5.
Koppmann Marie — Victualienhandel — XVII., Hernals, Lacknerg. 56.
Nawratil Anna — Victualien-Verschleiß — VIII., Skodagasse 8.
Threin Marie — Wäscheputzerei — XIV., Rudolfsheim, Huglgasse 34.
Zdenek Aloisia — Weißnäherei — IX., Sobieskigasse 23.
Pietschmann Tobias — Zeitungs-Verschleiß — IX., Badgasse 24.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. Jänner 1895.

Faulhaber Anna — Bäckergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Arnsteing. 25.
Dittler Adolf — Besuch der Frucht- und Mehlbörse — IV., Heugasse 18.
Scharf Fanni — Buchbindergewerbe — II., Heinzelmanngasse 5.
Geschina Wenzel — Commissions-Verschleiß von Fahrrädern — VIII., Piaristengasse 37.
Schwarz Heinrich — Commissionsweiser Verschleiß von Fahrrädern — VIII., Piaristengasse 37.
Klobouk Josef — Drechsler — XII., Unter-Meidling, Mandlgasse 12.

Hofmann Josefa — Einspännerin 1499 — XIV., Rudolfsheim, Arnsteingasse.
Rudinetz Josefine — Einspännerin 156 — X., Columbusplatz.
Osers Ignaz — Eisengießerei — II., Dresdenerstraße 85.
Pfeiffer Leopold — Erzeugung von Netzereien — VII., Lerchenfelderstraße 73.
Stein Salomon — fabriksmäßige Erzeugung von Maschinen — II., Brigittaplatz 19.
Fally Rosa Magdalena — Feinputzerei — IV., Mühlgasse 7.
Wollner Josef — Friseur und Raseur — III., Hetzgasse 3 a.
Etl Gustav — Gastwirt — V., Hundsthurmerstraße 13.
Schindler Anna — Gastwirtin — XVIII., Gersthoferstraße 103.
Weinwurm Konrad — Gastwirt — VII., Neustiftgasse 113.
Kolbeschoner Hersch — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — II., Kleine Schiffgasse 17.
Deutsch Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Kölblgasse 9.
Gunst Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Sperlgasse 19.
Kundigraber Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Seideng. 20.
Simek Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Laxenburgerstr. 60.
Wiringer Julius — Gemischtwarenhandel — X., Triesterstraße, Parcelle Nr. 2070.
Zeißl Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Dresdenerstraße 113.
Walchensteiner Franz — Gold- und Silberarbeiter — VII., Zollerg. 33.
Cooper Edwin — Handelsagentie — II., Jägerstraße 5.
Finkelstein Gustav — Handelsagentie — II., Schiffamtsgasse 20.
Kirchner Georg, Lewy Ludwig — Hutfilz-Erzeuger — XIII., Hütteldorferstraße 80.
Giesrau Marie — Damenkleidermacherin — VII., Burggasse 52.
Kalina Franz — Damenkleidermacher — VII., Schottenfeldgasse 1.
Muntz Karoline — Damenkleidermacherin — VII., Hermanngasse 28.
Hörle Johann — Kleinhandel mit Holz und Kohlen — II., Stephaniestraße 2.
Herzan Margaretha — Marktvictualienhandel — XVIII., Währing, Kirchengasse, Markt.
Klamert Emma — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Snovicky Marie — Marktvictualienhandel — XVII., Hauptstraße 101.
Rohner Karl — Maschinenschlosser — VII., Schottenfeldgasse 36.
Bolzhuber Franz — Maskenleihanstalt — XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 36.
Hartmann Rosina — Mehl- und Grieß-Verschleiß — XI., Simmering, Hauptstraße 58.
Daub Karl — Metallschläger — VII., Schottenfeldgasse 55.
Bruckner Katharina — Milch- und Gebäck-Verschleiß — X., Van der Nüllgasse 22.
Peterka Emilie — Milch-Verschleiß — II., Untere Augartenstraße 37.
Pištorž Johanna — Verschleiß von Milch, Gebäck, Butter, Eiern und Canditen — VII., Neustiftgasse 78.
Engelmayer Eduard — Selchwaren-Verschleiß — VII., Zieglergasse 65.
Schwarz Alexander — Schuhmacher — VII., Breitegasse 19.
Trünbacher Josef — Schuhmacher — III., Am Canal 11.
Hartmann Josef — Tapezierergewerbe — II., Große Sperlgasse 16.
Nowak Karl — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 64.
Riener Rudolf — Tischler — XV., Fünfhaus, Kranzgasse 5.
Rauer Marie — Verkaufslicenz für Schul-, Gebetbücher, Kalender und Heiligenbilder — VIII., Langegasse 41.
Keymar Franz — verkäufliches Wirtsgewerbe — IV., Starhembergg. 3.
Rigler Adolf — Verschleiß von Apparaten für Ventilationen, Rauchableitungen und Verbesserung von Heizanlagen — VII., Neustiftgasse 5.
Weininger Josef — Verschleiß von Bettwaren, Bettfedern, Rosshaaren, alten Metallen und Fellen — II., Klosterneuburgerstraße 28.
Dankiewicz Bertha — Verschleiß von Kalendern, Heiligenbildern, Schul- und Gebetbüchern — II., Wallensteinstraße 53.
Scharf Francisca — Verschleiß von Papier, Zeichen-, Schreibrequisiten, Kurzwaren — II., Wallensteinstraße 24.
Elpel Karl — Verschleiß von Papier, Zeichen- und Schreibrequisiten und mercantilen Drucksorten — II., Schwarzingergasse 1.
Feitzinger Thekla — Verschleiß von photographischen Bedarfsartikeln mit Ausschluss von Giften — VII., Mariahilferstraße 4.
Hergeth Marie — Verschleiß von Pferdefleisch und Pferdefleisch-Selchwaren — II., Große Sperlgasse 36.
Winkler Francisca — Verschleiß von Thee — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 77.
Rosenheim Josef — Victualienhändler — VIII., Lerchenfelderstraße 136; I., Tiefer Graben XVIII., Währing, Mitterberggasse.
Rechfeld Gabriele — Zeitungs-Verschleiß — XVIII., Währing, Pulverthurmgasse 1.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 24. Jänner 1895.

Fleischer Philipp — Bank- und Wechselgeschäft — IX., Universitätsstr. 12.
Dubowsky Wenzel — Betrieb eines Kinder-Eislaufplatzes — VIII., Schönbornpark.
Bärner Johann — Drechsler — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 14.
Knoll Leopold — Drechsler — XVI., Redtenbachergasse 11.
Gräßle Katharina — Essig-Erzeugung — XII., Meidling, Erlgasse 22.
Schießl Johann — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Unter-Sievering, Silbergasse 4.
Dwořak Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Lerchenfeldergürtel 8.
Grieß Josefine — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Pramergasse 3.
Hrdlička Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Landgutgasse 13.
Kisely Cyrill — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Erlachgasse 25.
Mosheimer Amalie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 28.
Szalay Simon — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Sobieskigasse 7.
Drahorad Theodor — Gürtler- und Bronzewaren-Erzeuger — XVI., Ottakring, Liebhartsgasse 6.
Grünfeld Josef — Gürtler — XVI., Neulerchenfeld, Hippgasse 25.
Hermann Eisig — Handel mit Ölfarben-Druckbildern — IX., Türkenstraße 33.
Policki Johann Nepomuk — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Wienice Polski“ — III., Hauptstraße 2.
Federer Gustav — Handelsagentie — IX., Alserstraße 67.
Bathioli Margaretha — Kaffeeschank — XVI., Lerchenfeldergürtel 25.
Kowaczik Paul — Kleider- und Hüte-Leihanstalt — VI., Millergasse 33.
Beneš Josef — Herrenkleidermacher — IX., Mosergasse 7.
Korger Anna — Damenkleidermacherin — IX., Harmoniegasse 8.
Leksa Marie — Kleidermacherin — VI., Liniengasse 39.
Peinitsch Johann — Kleidermacher — VI., Stumpergasse 49.
Brašpir Franz — Kleidermacher — VIII., Lerchenfelderstraße 58.
Brichta Anton — Kleinfuhrwerk Lic.-Nr. 1046 — XIX., Ober-Döbling, Billrothstraße 71.
Bachheimer Agnes — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVII., Hernals, Mariengasse 15.
Machek Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — III., Hörnesgasse 26.
Matsch Hermine — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Markt in der Brunnengasse.
Schwnb Marie — Marktvictualienhändler — VI., Detailmarkthalle, Stand 140.
Kneschke Felix — Maschinstricker — XVI., Bachgasse 1.
Häfner Franz — Meerschaumpfeifenschneider — VI., Stromayergasse 4.
Hawelka Franz — Metallschleifer — VI., Bürgerspitalgasse 20.
Klusaček Josefa — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VI., Gumpendorferstr. 97.
Kreitner Karl — Milch-Verschleiß — XVI., Brunnengasse 9.
Teuchner Anton — Musiker — V., Fockygasse 24.
Holy-Tucska-Bajecsek Eva — Obst- und Grünwaren-Verschleiß im Umherziehen — XVI., Gaullachergasse 30.
Reschreiter Hermine — Obst- und Südfrüchten-Verschleiß — XVI., Markt in der Thaliastraße.
Eckstein Ludwig — Pfaidler — I., Seitenstettengasse 5.
Friedmann Ignaz — Pfaidler — I., Seitenstettengasse 5.
Hofmann Antonie — Pfaidlerin — VI., Stiegengasse 9.
Blach Antonie — Pfaidlerin — XVI., Speckbachergasse 13.
Windischberger Josef — Pferdefleisch-Verschleiß — XVI., Thaliastr. 67.
Gute Mina — Privatlehranstalt für Maßnahmen &c. — V., Hundsthurmerstraße 17.
Burggraf Walburga — Schlossergewerbe — XVI., Neulerchenfelderstr. 38.
Blaschke Max — Schuhmachergewerbe — VI., Amerlingstraße 13.
Bruha Anna — Schuhmachergewerbe — XVI., Ottakringerstraße 212.
Pelka Cyrill — Schuhmachergewerbe — X., Columbusgasse 70.
Rybka Josef — Schuhmacher — X., Laxenburgerstraße 48.
Hannich Sophie — Selchwaren-Verschleiß — III., Rennweg 5.
Ornstein Munisch Wolf — Spirituosenhandel — X., Simmeringerstraße 140/142.
Krulisch Wilhelm — Tapezierer — XII., Gaudenzd., Schönbrunnerstr. 10.
Ponschab Rosalia — Trödlerin — XVI., Gaullachergasse 22.
Bogner Josef — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren und Ausschank von Sodawasser mit oder ohne Fruchtsäften — VIII., Florianigasse 3.
Ivičic Franz — Victualien-Verschleiß — VI., Stumpergasse 11.
Soldan Jakob — Victualien-Verschleiß — XVI., Sulmgasse 9.
Schneider Leopold — Vordruckerei — V., Arbeitergasse 14.
Duba Marie — Wäscheputzerin — X., Gellertgasse 15.
Machanek Josefa — Wäsche- und Kleiderputzerei- und Übernahme von Kleiderstoffen zum Färben — XVI., Friedrich Kaisergasse 39.
Hausner Marie — Weißnäherei — XVI., Herbststraße 31.
Pfeffer Albertine — Zeitungs-Verschleiß — III., Hauptstraße 67.
Burian Adolf — Zuckerbäcker — XVI., Thaliastraße 84.
Plaschky Willibald — Zuckerbäckergewerbe — XIX., Nussdorferplatz 4.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 25. Jänner 1895.

Herzl Edmund — Brantweinschank — IX., Währingerstraße 44.
Hentschel Theresia — Chemische Färberei und Putzerei — XVIII., Währing, Cottagegasse 7.
Budie Philipp — Commissionswarenhandel in Leinenwaren — I., Werderthorgasse 4.
Riegg Anton — Commissionswaren-Verschleiß — I., Stoß-im-Himmel 1.
Swoboda Wenzel — Etuimacher — V., Högelmüllergasse 14.
Fröschels Paul, Dr. — Exporthandel — I., Grillparzerstraße 14.

Lustkandel Franz — Fiaker (Lic.-Nr. 533) — II., Praterstraße.
Reif Franz — Fleischhauer — X., Himbergerstraße 1.
Billinger Johann — Fleischselcher — XIV., Rudolfsheim, Märzstr. 50.
Hobza Jakob — Fleisch-Verschleiß — XIV., Rudolfsh., Braunhirscheng. 47.
Wolf Valentin — Friseur und Raseur — XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 39.
Vallenda Josef — Gast- und Schankgewerbe (Pachtbetrieb) — XVIII., Währing, Weinhauserstraße 91.
Blonder Isaak — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 42.
Hlinka Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Altmüttergasse 5.
Rambausek Wilhelm, Hille Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Windmühlgasse 5.
Leszkovsky Anna — Grünwaren-Verschleiß — XV., Fünfh., Palmg. 2.
Fritz Franz — Gürtler und Bronzearbeiter — XVI., Ottakring, Odoakergasse 22.
Boltolini Luigi — Handelsagentie — I., Grünangergasse 10.
Ginzkey Ignaz, Ginzkey Wilhelm, Ginzkey Alfred — Handel mit Teppichen und Decken — I., Lugeck 1.
Tesař Josef — Holz- und Kohlenhandel — XV., Fünfhaus, Zinkg. 16.
Jelinek Josef — Herren-Kleidermacher — XV., Fünfh., Victoriag. 14 a.
Kobald Anna — Kaffeesiedergewerbe — IX., Liechtensteinstraße 12.
Kunst Johann Ev. — Marktfierant — XV., Fünfhaus, Zinkgasse 10.
Senft Johann — Mehl- und Hülsenfrucht-Verschleiß — III., Erdbergstraße 59.
Heller Laura — Modistin — VI., Gumpendorferstraße 15.
Horowitz Clara — Modistengewerbe — I., Hoher Markt 10.
Munsch Anton — Musiker — XV., Fünfhaus, Goldschlagstraße 21.
Tschebaum Wilhelm — Musiker — XV., Fünfhaus, Beingasse 4.
Blumberg August, Blumberg Georg — Pfaidler — I., Gonzagagasse 12.
Ruzicka Amalia — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 82.
Wehle Paul — Privat-Violin- und Clavierschule — IX., Berggasse 11.
Briza Adolf — Schilder- und Schriftenmaler — XIII., Penzing, Winkelmannstraße 14.
Jelinek Franz — Schuhmacher — XVI., Ottakring, Feßtgasse 6.
Mandl Johann — Schuhmacher — IX., Ackergasse 3.
Steiner Gustav — Spengler — XVI., Neulerchenfeld, Neulerchenfelderstraße 65.
Čapek Karl — Tischler — XV., Fünfhaus, Würffelgasse 4.
Eckert Johann — Tischler — XVI., Ottakring, Possingergasse 6 (neu 49).
Nowak Josef — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Wehrgasse 15.
Steiner Samuel — Vermittlung von Annoncen gewerblichen Inhaltes durch Anbringen in dem eigenen Stellwagen — VI., Stumpergasse 60.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Edler v. Radler, Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.